Krise, Umbruch, aber kein Aufbruch – die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929 auf Prenzlau und die Uckermark

von

Adrian Biermann und Nico Beetz

Betreuer: Jürgen Theil

Klasse: 11/3

2019

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 3
2. Der Ausgangspunkt 4
3. Die Auswirkungen der Krise auf Deutschland und Brandenburg 5
4. Die Auswirkungen der Krise auf Prenzlau und die Uckermark 7
    4.1 Überblick 7
    4.2 Krise vor Ort – Symptome und Maßnahmen 11
        4.2.1 Vergleich der Unternehmenslage in Prenzlau 1928 – 1931 nach den Adressbüchern 11
        4.2.2 Entwicklung der Werbeanzeigen in den Heimatkalendern von 1929 bis 1933 12
        4.2.3 Auswirkungen auf einzelne Firmen 14
            4.2.3.1 Deneken & Haensch 14
            4.2.3.2 Zuckerfabrik 15
            4.2.3.3 Margarinefabrik 16
            4.2.3.4 Likörfabrik Buntebarth 17
        4.2.4 Der städtische Haushalt 18
        4.2.5 Schaffung von Arbeitsstellen im Straßenbau – Vorschlag eines Prenzlauers 19
        4.2.6 Schaffung von Arbeit im Baugewerbe 21
        4.2.7 Hilfe für Arbeitssuchende 22
        4.2.8 Wirkungen auf dem Land und in der Landwirtschaft 23
    4.3 Politische Auswirkungen 26
        4.3.1 Meldungen der Lokalpresse 26
        4.3.2 Politische Radikalisierung von rechts wie links 28
    4.4 Scheinbarer Aufbruch 32
5. Fazit 35
6. Quellenverzeichnis 37
7. Arbeitsbericht 41
8. Anhang 43

1. Einleitung

Krise, Umbruch, aber kein Aufbruch – der Zeitraum zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten war für Deutschland eine Zeit mit mehr Tiefen als Höhen, was das Land letztendlich in sein geschichtlich düsterstes Kapitel trieb. Das Scheitern der Weimarer Republik wurde maßgeblich durch zwei Wirtschaftskrisen beeinflusst, die dem Land keine wirkliche Erholung erlaubten. Dazu kam noch die extreme Unzufriedenheit, welche durch den Versailler Vertrag und die damit einhergehende alleinige Kriegsschuldzuweisung an Deutschland ausgelöst wurde.

Die „Goldenen Zwanziger“, die einen Aufschwung nach der Finanzkrise 1923 darstellten, erhielten mit der Weltwirtschaftskrise 1929 einen jähen Dämpfer, welcher der ersten deutschen Demokratie den Todesstoß versetzte. Firmen meldeten massenhaft Insolvenz an, tausende Personen verloren ihre Arbeit und die politisch radikalen Parteien, so die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) und die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD), wurden in den Parlamenten immens stark.

Was der Börsenzusammenbruch und die darauffolgende Wirtschaftskrise für gesellschaftliche und politische Auswirkungen auf die Uckermark und speziell auf Prenzlau hatten, soll in dieser Arbeit ergründet werden.

2. Der Ausgangspunkt

Was zur Finanzkrise 1929 wirklich geführt hat, kann niemand im Ganzen bestimmen. Am Anfang des 20. Jahrhunderts begannen die USA, sich zur Weltmacht zu entwickeln. Das Land wurde wirtschaftlich sowie weltpolitisch immer wichtiger, was mit dem Eintritt und dem Sieg im Ersten Weltkrieg seinen Höhepunkt fand. Die amerikanische Wirtschaft schien in den 1920er Jahren zu florieren, so dass viele Menschen ihr Geld anlegten und Wertpapiere kauften beziehungsweise anderweitig investierten. In dieser Zeit herrschte in den USA eine allgemeine Euphorie, da die Menschen blindlings an ihr Land glaubten. Bestärkt durch den Rat von Politikern, Wirtschafts- und Finanzexperten, den wichtigsten amerikanischen Firmenchefs und vielen anderen angeblichen Kennern investierten Leute, die von der Börse wenig verstanden und in dem Irrglauben lebten, dass die Kurse für immer steigen würden. Die „New York Stock Exchange“ stand nun zum ersten Mal im Fokus der gesamten amerikanischen Bevölkerung. Dadurch, dass die Kurse immer höher schossen, war das Verlangen der Spekulanten, aber auch der investierenden Bevölkerung nach Geld nicht mehr zu stoppen. Die Kurse, welche inzwischen bizarr hoch waren, entsprachen nicht der realen Wirtschaftsleistung. Trotzdem wurde weiter investiert.

Im Oktober 1929 begannen die Kurse jedoch in allen Wirtschaftsbereichen zu schwanken und kurz darauf zu fallen, mit dem Tiefpunkt am 24. Oktober, dem „Schwarzen Donnerstag“.[1] Die Blase war geplatzt. Es brachen Chaos und Panik aus, die Anleger verloren ihr Geld und wollten so schnell wie möglich verkaufen, was zu einer vollständigen Überforderung der ebenfalls verzweifelten und schockierten Broker führte, die durch Ankäufe versuchten, diese Entwicklung zu stoppen. Von dieser Entwicklung direkt betroffen waren auch die amerikanischen Banken, die nun viel weniger Kapital zur Verfügung hatten und deshalb deutlich weniger Kredite ausgeben konnten. Die Firmen, denen jetzt das Geld wegen weniger Investoren und ausbleibender Kredite fehlte, mussten sparen und entließen daher viele Arbeiter, was zu einer hohen Arbeitslosigkeit und bald auch zu einer sinkenden Kaufkraft bzw. Nachfrage führte.[2]

[1] Aufgrund der Zeitverschiebung oft auch als „Schwarzer Freitag“ bezeichnet.
[2] ZDFinfo, 2015, Börsencrash; YouTube (Finanzfluss), 2017, Finanzkrise einfach erklärt; YouTube (musstewissen Geschichte), 2018, Weltwirtschaftskrise 1929.

3. Die Auswirkungen der Krise auf Deutschland und Brandenburg

Nachdem sich das Deutsche Reich von der ersten Finanzkrise 1923 erholt hatte, brach eine Zeitepoche an, welche heute als die der „Goldenen Zwanziger“ bezeichnet wird, eine Phase sowohl gesellschaftlichen als auch wirtschaftlichen Aufschwungs. In Großstädten, wie zum Beispiel Berlin, entwickelte sich eine neue offene Kultur in Straßencafés und Clubs, welche vielen Leuten das Leben attraktiver machte. Der bereits genannte wirtschaftliche Aufschwung machte sich durch die sinkende Arbeitslosigkeit bemerkbar sowie die Entwicklung der meisten deutschen Städte und Dörfer in die Moderne.

Dieser gesamte Fortschritt endete jedoch, als im Oktober 1929 die Weltwirtschaftskrise begann, welche über die nächsten Jahre auch in Deutschland alle Bemühungen um bessere Lebensverhältnisse zunichte machte. Die deutsche Wirtschaft war nämlich stark von amerikanischen Krediten abhängig, welche (wie bereits erwähnt) nur noch in sehr geringen Mengen vergeben wurden.[3] Von diesem Fiasko war beinahe jede Wirtschaftsbranche betroffen, wenn auch mit unterschiedlicher Härte. Die Herstellung von Produktionsmitteln litt beispielsweise deutlich mehr als die von Konsumgütern. So waren der Eisen- und Metallbau sowie der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau sehr stark betroffen. Die Bauwirtschaft und ihre Grundpfeiler, die Stein-und Erdindustrie litten genauso unter der Krise wie die Glas-, Instrument- und Spielwarenherstellung. Da zur Deckung der Grundbedürfnisse Lebensmittel und Medizin gebraucht wurden, war in diesem Segment ein Arbeitsanstieg zu beobachten.[4] Dazu passend profitierte bis zu einem gewissen Grad auch die Viehzucht.

Eine vorher stattgefundene Zentralisierung und Konzentration auf die Großstädte wurde nun wieder rückgängig gemacht, da die Unternehmen in den Städten untergingen und deren ehemalige Mitarbeiter sich arbeitssuchend auf dem Land niederließen, wo es den bestehenden Betrieben noch vergleichsweise gut ging und es Chancen auf Neugründungen gab, die viele der Entlassenen auch wahrnahmen.[5] Dennoch ließ auch die Beschäftigung auf dem Land im Vergleich zu den Vorjahren

---

[3] Redaktionsbeitrag, 2009, Die Weltwirtschaftskrise 1929-1932 – Krisenmanagement in Deutschland und den Vereinigten Staaten.
[4] Dies kann auch anhand einer Stichprobe für Prenzlau nachgewiesen werden, siehe Kapitel 4.2.2.
[5] Materna, 1995, S. 605.

deutlich nach, was damit zu erklären ist, dass die Neugründungen häufig Notmaßnahmen waren und letztlich nicht aus der Arbeitslosigkeit halfen.[6]

Brandenburg erreichte während der Krise ein Beschäftigungstief, das seit 1907 nicht mehr unterboten worden war. Zum Ausgang des Jahres 1931 gab es hier über 232.000 Menschen, die keine Arbeit hatten. Im dritten Monat des Jahres 1932 waren es über 250.000, die höchste Anzahl, die die Provinz während der Krise erreichte. Zum Jahresende nahm sie geringfügig ab. Die Hilfen, die die Arbeitssuchenden erhielten, verringerten sich stetig, da die Versicherungen überfordert waren und den öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen, wie zum Beispiel den Obdachlosen- und Pflegeheimen, die Mittel fehlten. Immer mehr Betroffene waren auf die Wohlfahrt angewiesen, die nur mit Mindestleistungen agieren konnte. Außerdem hatten im Jahr 1929 doppelt so viele Betriebe Insolvenz anmelden müssen wie im Vorjahr. Durch die wirtschaftlichen Defizite kam es in Brandenburg zu Steuerausfällen und zur Vernachlässigung des öffentlichen Raumes. Für die Region wurden sowohl 1931 als auch 1932 die finanziellen Ausgaben um 20 Prozent gekürzt und im Frühjahr 1931 die Angestellten- und Beamtengehälter um 6 Prozent verringert. Bauprojekte wurden beendet, aber keine neuen initiiert.[7]

[6] Kurbach, 1959, S. 88 ff.
[7] Materna, 1995, S. 605 f.

4. Die Auswirkungen der Krise auf Prenzlau und die Uckermark

4.1 Überblick

Die Weltwirtschaftskrise hinterließ auch in Prenzlau wirtschaftlich sowie politisch ihre unübersehbaren Spuren. In der uckermärkischen Ackerbürger- und Beamtenstadt war vor allem zu beobachten, dass die Verarmung der arbeitenden Bevölkerung stetig zunahm. Am Ende der Krise hatten 1.100 Menschen ihre Arbeit verloren, im Verhältnis zu 7.000 existierenden Haushalten. Gerade Handwerks- und Industriebetriebe, die von einem gut laufenden kapitalistischen System abhängig waren, gingen in großer Zahl in die Pleite, so zum Beispiel eine Zigarrenfabrik, eine Möbel- und eine Schuhfabrik sowie mehrere kleinere Maschinenbaufabriken. Auch der Verlust von zwölf Bäckereien in den Jahren 1927 bis 1930 war für Prenzlau schmerzlich. Im Möbel- und im Schuhherstellungsgewerbe kam es vermehrt zu Verselbständigungen, die jedoch nur dem Unternehmen schadeten und die Arbeitslosigkeit vergrößerten.[8] Mitte der 1930er Jahre existierte im Tabakwarensektor nur noch eine Fabrik mit 25 Arbeitern.[9]

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des früheren Hofbesitzers **Eberhard Fischer**, früher in Suckow-Grenze, jetzt in **Prenzlau**, Kap, wurde am 1. August 1930, vorm. 11 Uhr, der **Konkurs eröffnet.** Konkursverwalter ist der Rechtsanwalt **Kluge** in Prenzlau. Frist zur Anmeldung der Forderungen: 28. August 1930. Termin zur Wahl eines anderen Verwalters, eines Gläubigerausschusses und wegen der in §§ 132, 134, 137 K.O. bezeichneten Angelegenheiten und allgemeiner Prüfungstermin: 6. September 1930, vorm. 10 Uhr, im Zimmer 32, I. Stock (Eingang II Baustraße). Offener Arrest mit Anzeigefrist bis 28. August 1930 ist erlassen.

Prenzlau, den 1. August 1930.

Amtsgericht.

Abb. 1: Konkursanzeige aus dem Uckermärkischen Kurier 1930.

Ein weiteres Problem der Prenzlauer Unternehmer waren die Importe aus Berlin, welche zu Schwierigkeiten im Verkauf führten und sich von Lebens- und

[8] Kurbach, 1959, S. 88 ff.
[9] Schmidt, 2009, S. 239.

Genussmitteln über Möbel und Särge bis zur Bekleidung erstreckten.[10] Auch Institutionen wie die sehr alte Kaufmannsgilde wurden von der Krise dahingerafft. Die bestehende Gastronomie konnte nur schwer Umsatz machen, da die Leute kein Geld mehr verdienten und die Preise nicht zahlen konnten.[11]

Die finanziellen Probleme, die damals alle brandenburgischen Städte plagten, zwangen die Prenzlauer Stadtverwaltung im September 1930 dazu, einen Kredit von mehr als 500.000 Reichsmark aufzunehmen, um den Haushalt für 1931 aufstellen zu können und einen Fehlbetrag aus den Vorjahren auszugleichen.[12] 1929 kam es zu erzwungenen Steuererhöhungen, angeordnet vom Regierungspräsidenten, um den Haushalt finanzieren können. Auch das bereits erwähnte und krisentypische Vernachlässigen des öffentlichen Sektors ist in Prenzlau zu erkennen, da Ausgaben und Gehälter gekürzt wurden. Gleichzeitig stiegen die Strom- und Gaskosten. Es kam trotzdem, auch krisentypisch, zu Steuerausfällen und einem zu hohen Verbrauch finanzieller Mittel durch das Wohlfahrtsamt (Tab. 1).

Im Frühjahr 1933 hatte sich der Prenzlauer Schuldenberg auf rund 5 Millionen Reichsmark erhöht, was die Stadt mit ihrem Vermögen von ca. 9,6 Millionen Reichsmark, welches vor allem aus Immobilien- und Flächenbesitz bestand, ausgleichen musste.[13]

Jahr	1927 Voran-schlag 1927	1930 Rechnungs-abschluss 1933	1931 Rechnungs-abschluss 1933	1932 Voranschlag 1933	1933 Voranschlag 1933
Zuschüsse Sozialrenten	70.000	117.689	90.847	94.000	75.000
Unterstützung Kleinrentner	251.000	199.088	155.936	160.000	120.000
Armen-fürsorge	206.000	417.477	474.730	465.000	751.500

Tab. 1: Steigerung der Wohlfahrtskosten des Kreises Prenzlau nach den Voranschlägen für die Jahre 1927 und 1933.[14]

[10] 90 Prozent der Möbel wurden aus Berlin importiert. Die Einfuhr von Bekleidung führte zum Verschwinden der ansässigen Tuchmacher.
[11] Striemer, 1939, S. 7 f.
[12] Auch im Juni 1931 verweist der Magistrat auf die Haushaltsschieflage durch steigende Wohlfahrtskosten und enorme Zinssätze der Bankdiskont- und Lombardsätze von nun 15 bzw. 20 Prozent (Benutzung und Verwaltung des städtischen Vermögens in Prenzlau, 1931, Magistrat an Regierungspräsidenten vom 29. Juni, Blatt 85-86).
[13] Schmidt, 2009, S. 245.
[14] Haushaltspläne, Verwaltungsberichte und Vermögen des Kreises Prenzlau, 1927–1933, Blatt 63 u. 479.

Wie in vielen anderen deutschen Städten der damaligen Zeit gab es auch in Prenzlau eine viel in Anspruch genommene Wohlfahrtshilfe, die nötig war, da die Arbeitsämter durch die gigantische Anzahl an Hilfsbedürftigen schier überfordert waren.[15] Im Jahr 1931 hatte der wirtschaftliche Niedergang in Prenzlau bereits 400 Erwerbslose hervorgebracht, welche keine Hilfe mehr durch das Arbeitsamt erhielten und die Stadt wöchentlich rund 4.000 Reichsmark kosteten. Die Versorgung dieser Personen wurde durch 55 freiwillige Helfer der Wohlfahrtshilfe gewährleistet, welche mit den anderen Hilfsorganisationen, wie zum Beispiel dem Jugendamt oder der Kinderhilfe, zusammenarbeiteten und die Einzelfürsorge übernahmen. Für einen Großteil der Rentnerschaft, welche ebenfalls in extrem ärmlichen Zuständen lebte, gab es Unterstützung in Form der „gehobenen Fürsorge“, die sich auch um die Veteranen und Invaliden des Ersten Weltkrieges kümmerte. Zusätzlich wurden im Kreistag Anträge gestellt, um ihnen zu helfen.[16] Grundlegend half die Stadt allen in ihr lebenden Bedürftigen durch eine durchgängige finanzielle und medizinische Hilfe in Form von Medikamenten und kostenloser ärztlicher Behandlung. In den Wintern der Jahre 1929 und 1930 wurde den Erwerbslosen Heizmaterial, Miethilfe und Nahrung in einer Menge bereitgestellt, die die Stadt an die Grenzen des für sie Möglichen trieb.[17]

Abb. 2: Die Mauerstraße um 1930, ein Leben in relativ ärmlichen Verhältnissen.

[15] Die Arbeitslosenversicherung wurde in Deutschland erst 1927 eingeführt. Das Arbeitsamt befand sich in den alten Kasernen, die um 1770 in Prenzlau gebaut wurden.
[16] Landratsamt, Nr. 13, 1930, S. 30. Zum Beispiel wurde im Kreisausschuss 1930 über 20.000 Reichsmark verhandelt, welche von der Reichsregierung in der Notsituation zur Verfügung gestellt worden waren. Es wurde beschlossen, 5.000 Reichsmark als Hilfe für besonders Notleidende zu geben und die restlichen 15.000 an die Wohlfahrt zu übertragen (Kreistage des Kreises Prenzlau, 1930, Blatt 2).
[17] Huhn, 1931, S. 67.

Abb. 3: Die Königsstraße in Prenzlau zeigt bessere Verhältnisse.

Abb. 4: Alte Kaserne um 1915. Hier wurde Ende der 1920er Jahre das Arbeitsamt eingerichtet.

4.2 Krise vor Ort – Symptome und Maßnahmen

Im Folgenden wird versucht, anhand von Einzelbeispielen das Agieren in der Krise vor Ort aufzuzeigen, sowohl von Seite der Wirtschaft als auch Wohltätigkeitsinitiativen, von kommunaler Seite, v. a. auf Grundlage lokaler und regionaler Quellen. Da der Aktenbestand für den Zeitraum vor 1945 in Bezug auf wirtschaftliche Fragen dürftig ist, wurden eigene Erhebungen anhand regionaler Publikationen versucht.

4.2.1 Vergleich der Unternehmenslage in Prenzlau 1928–1931 nach den Adressbüchern

Ein Vergleich in Form einer Stichprobe der handelsgerichtlich eingetragenen Firmen über die Adressbücher der Jahre 1928 und 1931, eingesehen im Stadtarchiv Prenzlau ergab Folgendes.[18]

1928	1931
Richard Anusched, Weingroßhandlung	/ (nicht mehr im Verzeichnis vorzufinden)
/	Carl Beder, Unternehmen mit Fokus auf Lebensmittel-, Tiernahrungs- und Saatgutverkauf sowie der Verwertung von biologischen Abfällen (z.B. Därme)
/	Bruno Bod, Uckermarkapotheke
Ludwig Mauersberger, Bauhütte GmbH	Ingenieur Carl Wegner neuer Geschäftsführer
Rudolf Leich, Dampfwäscherei am Uckersee	/
Deneken&Haensch, offene Handelsgesellschaft und Eisengießerei	/wirtschaftliche Pleite bestätigt
Franz Wienholz, Deutsche Blauband-Margarinefabrik	Weiterhin existierend
C. Dreger, Kommanditgesellschaft, landwirtschaftliche Maschinen und künstliche Dünger	/
W. Friedrich, Materialwarenhandlung	/
/	Gemeinnütziger Wohnungsbau zu Prenzlau GmbH
Friedrich Gars, Kaffeegeschäft	/
H. Gerling, offene Handelsgesellschaft, Weiß- und Kurzwaren	/
Gebrüder Grabow, offene Handelsgesellschaften, Getreidehandlung	/
Rudolf Greese, Materialwarenhändler	Kolonialwaren- und Delikatessenhandlung

Tab. 2: Gegenüberstellung der Angaben aus dem Adressbuch von 1928 und 1931.

[18] Adressbuch, 1928, S. 197 ff.; Adressbuch, 1931, S. 215 ff.

Im Jahr 1931 sind viele Unternehmen, die es 1928 noch gab, nicht mehr vorhanden. Sie haben sich entweder, wie in einem Beispiel bestätigt, durch die Krise aufgelöst oder sind aus anderen Gründen nicht mehr existent. Unternehmensneubildungen folgen großteils einem bestimmten Muster, nämlich der Erfüllung von Grundbedürfnissen wie Nahrung, Wohnung oder Medizin. Die nicht mehr bestehenden Firmen kommen aus den verschiedensten Bereichen, was ein Zeichen dafür ist, dass die Krise die gesamte Wirtschaft getroffen hat. Dabei ist jedoch zu beobachten, dass viele offene Handelsgesellschaften Opfer des Unternehmensschwunds waren. Der gemeinnützige Wohnungsbau zu Prenzlau und ähnliche Gesellschaften wurden gegründet, weil den Investoren, die privat agierten, die Geldmittel ausgegangen waren und man der akuten Wohnungsnot beikommen musste.[19]

4.2.2 Werbeanzeigen in den Heimatkalendern 1929–1933

Der Heimatkalender, ein jährlich in Prenzlau erscheinender Sammelband, welcher die Region in historischem und aktuellem Geschehen portraitiert, wurde auch während der Zeitperiode der Weltwirtschaftskrise herausgegeben. Die Schrift finanzierte sich zum Teil durch Werbeanzeigen, deren Umfang im behandelten Zeitraum recht stark schwankte, so dass sich auch hier die Wirkungen der Konjunkturschwäche indirekt fassen ließen.[20]

Ausgabe (Erscheinen zum Ende des vorangegangenen Jahres)	Anzahl Anzeigenseiten	Anzahl Anzeigen
1929	17	28
1930	21	27
1931	16	30
1932	12	18
1933	12	23

Tab. 3: Anzahl der Anzeigen und Anzeigenseiten in den Heimatkalendern 1929–1931.

Ein Vergleich des Anzeigenumfangs der Jahrgänge 1930 (erschienen Ende 1929) bis 1933 (erschienen Ende 1932) zeigt deutlich den Rückgang der Anzeigengrößen –

[19] Schmidt, 2009, S. 241.
[20] Heimatkalender 1929–1933 (Anzeigenteil).

und damit der vom Auftraggeber zu zahlenden Preise – 1930 (für den Jahrgang 1931) und im kommenden Jahr auch den Rückgang der Anzeigenzahl, d. h. etliche Firmen verzichteten auf die Werbung. Im Jahr 1931 erreichte die Arbeitslosigkeit in Brandenburg ihre Spitzenzahl.[21] Eine weitere interessante Beobachtung ist, dass im Heimatkalender von 1933 zwar die Anzahl der Anzeigen im Vergleich zum Vorjahr zugenommen hat, es aber immer noch 12 Seiten sind, auf denen Anzeigen gedruckt sind. Dies deutet daraufhin, dass vermehrt kleine Anzeigen statt große in Auftrag gegeben wurden, da diese billiger waren.

Abb. 5: Anzeigenseite aus dem Heimatkalender 1928.

[21] Materna, 1995, S. 606.

4.2.3 Auswirkungen auf einzelne Firmen

4.2.3.1 Deneken & Haensch

Der 1864 in Prenzlau gegründete Maschinenbaubetrieb Deneken & Haensch stellt ein klassisches Opfer der Probleme der 1920er Jahre dar.[22] Bereits die Inflation des Jahres 1923 hatte die Firma schwer mitgenommen und zu finanziellen Engpässen geführt, weshalb sie unter dem leitenden Ingenieur Willy Haensch saniert werden sollte, der jedoch 1924 starb. Die daraufhin eingestellten Ingenieure konnten nichts mehr bewirken und es kam unter Investorendruck im September 1929 zur Zwangsversteigerung, also kurz vor dem großen Börsenkrach. Obwohl man sowohl Grundstück als auch Firmengebäude und –inventar anbot, kam es mangels Interesse zu keinem Verkauf. Die Kreissparkasse, als ein Hauptanteilseigner für die Versteigerung verantwortlich, musste nun den Betrieb weiterführen. Sie baute den Betrieb, nunmehr „Uckermärkisches Eisenwerk“ bis 1934 nach und nach ab und vermittelte Teile an andere Firmen und Hersteller.[23] Martin Haensch, der das Unternehmen geführt hatte, betätigte sich ab 1930 wieder als Geschäftsleiter in einem neuen von ihm gegründeten Unternehmen.[24]

[22] Heese, o. J., S. 131 u. 136.
[23] Ebd., S. 136.
[24] Theil, 2018, S. 349.

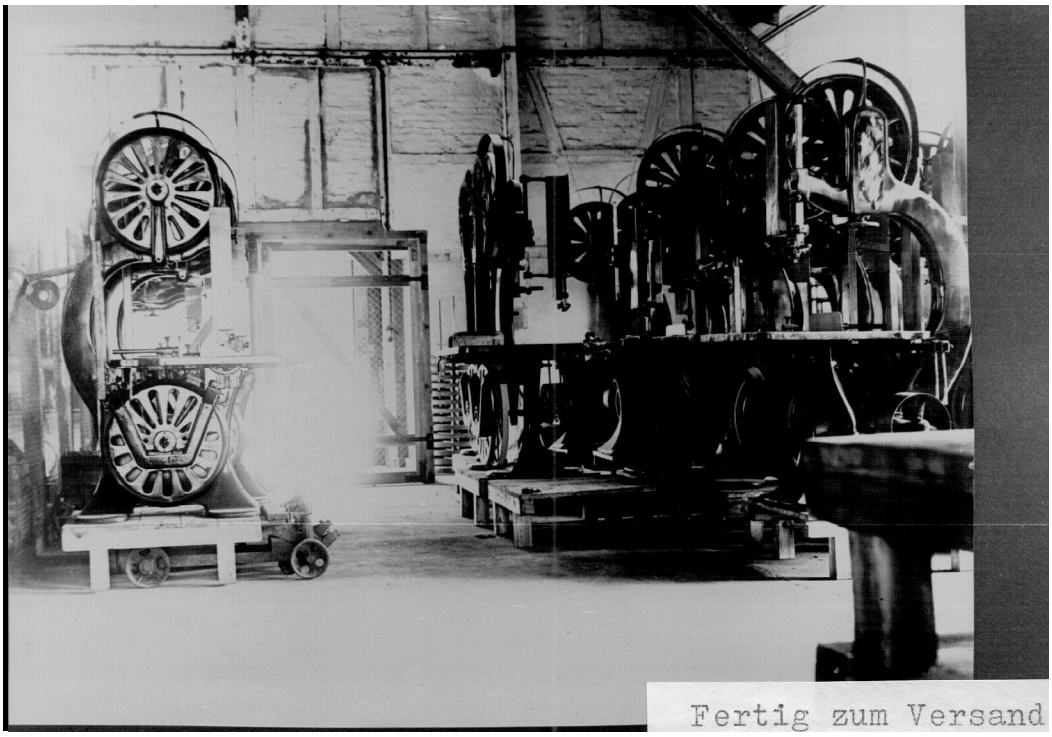


Abb. 6 a, b: Blick auf das Werkgelände und in eine der Hallen der Firma Deneken & Haensch.

4.2.3.2 Zuckerfabrik

Die Zuckerfabrik war der größte Arbeitgeber der Stadt. Dieser Industriebetrieb, der zwischenzeitlich 700 Arbeiterbeschäftigte, erlebte einen gewissen Aufschwung aufgrund hoher Investitionen in bauliche und technische Anlagen. Die daraus resultierende Kapazitätssteigerung von 100 Tonnen Rüben, auf das 12- bis 15-fache, machte die Firma zu einem wertvollen Unternehmen in der Uckermark. Im Betriebsjahr 1924/25 gab es sogar einen Beitritt zur „Zuckervertriebsgesellschaft der Baltischen Zuckerfabriken GmbH“ in Berlin. Nun agierte das Prenzlauer Unternehmen nicht nur im Reich, sondern lieferte in die verschiedensten Länder, solange diese es zuließen.[25] Ein Beispiel für ein schlechtes Verhältnis war das zu Polen, da dieses dem Deutschen Reich vorwarf, die polnische Minderheit im Reich zu verfolgen.[26] Die Weltwirtschaftskrise führte jedoch zum zeitweisen Stillstand der

[25] Schmidt, 2009, S. 238 u. 245.
[26] Uckermärkischer Kurier, 7. August 1930.

Firma, da der Rübenanbau zwecks Herstellung lebenswichtigerer Lebensmittel reduziert wurde.[27] Dies schwächte Prenzlaus Wirtschaft erheblich.

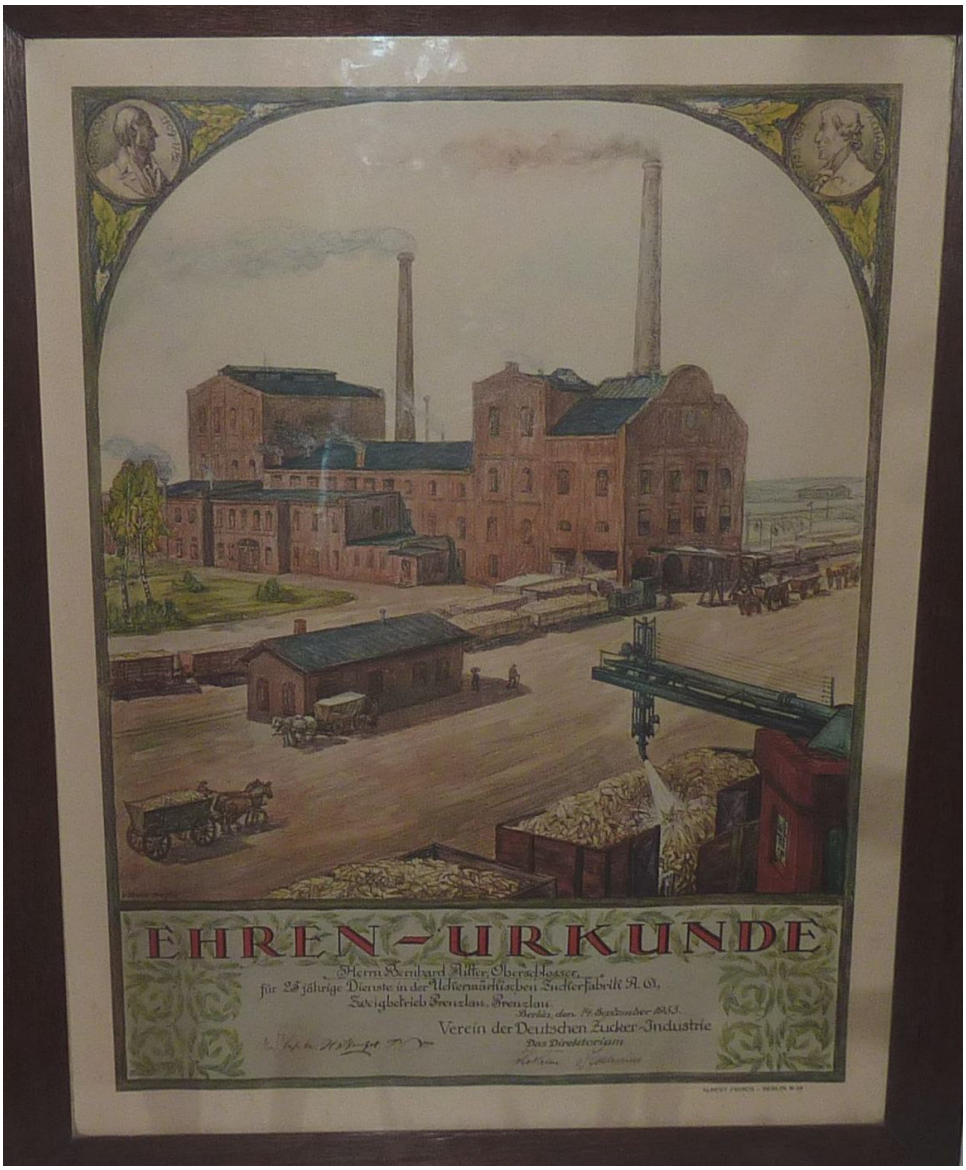


Abb. 7: Ehren-Urkunde der Zuckerfabrik für langjährige Mitarbeit.

4.2.3.3 Margarinefabrik

Ein weiterer wichtiger Arbeitgeber der Stadt war die Molkerei und Margarinefabrik von Franz Wienholz,[28] die Monatsumsätze von 80.000 Reichsmark erreichte, und somit für die Wirtschaft und Arbeiterschaft der Stadt tragend war. Die Produkte der Firma wurden deutschlandweit gehandelt und waren als Markenzeichen sehr

[27] Schmidt, 2009, S. 245.
[28] Heute erinnert ein Straßenname an diesen erfolgreichen Unternehmer.

bedeutend.[29] Sie schaffte es, die Krise zu überstehen und sogar noch Ausbauten zu schaffen. Dazu trug auch das Ansehen des Betriebes, gerade im Vergleich mit der ziemlich großen uckermärkischen Konkurrenz, bei, welches beispielsweise durch patentierte Produkte wie die hier abgebildete Blauband-Margarine gestärkt wurde.[30] Die Fabrikgebäude wurden vor wenigen Jahren abgerissen.[31]

Abb. 8: Emailleschild für ein Produkt der Franz-Wienholz-Margarinefabrik.

4.2.3.4 Likörfabrik Buntebarth

Eine Firma, die trotz Problemen in die Zukunft schaute, war die Weinhandlung und Likörfabrik Buntebarth. Sie brachte als erste Firma der Stadt eine elektrische Leuchtreklame an ihrem Haus an.[32] Dies, und ein geschickt aufgebauter Ruf als Hersteller von edlen Spirituosen, sorgte für eine bessere Vermarktung des Familienunternehmens und half ihm schließlich auch durch die Krise, ohne das Schicksal vieler anderer Prenzlauer Unternehmen teilen zu müssen.[33] Die Likörfabrik Buntebarth zeigt also, dass man als Unternehmen, mit guter Vorbereitung und nicht zu wenig Glück, durchaus ein Ereignis wie die Weltwirtschaftskrise überstehen kann.

[29] Schmidt, 2009, S. 238.
[30] Franke, Prenzlauer Wirtschaftsbürger, o. J., S. 136.
[31] Der Wirtschaftszweig ist der Stadt bis heute treu geblieben und wird durch die Uckermärker Milch GmbH verkörpert.
[32] Schmidt, 2009, S. 239.
[33] Franke, Prenzlauer Wirtschaftsbürger, o. J., S. 116.

Abb. 9: Beliebtes Produkt der Likörfabrik Buntebarth.

4.2.4 Der städtische Haushalt

Im Jahr vor der Weltwirtschaftskrise war der Haushaltsvoranschlag der Stadt Prenzlau bereits um 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr geschrumpft und lag bei ca. 3,1 Millionen Reichsmark Gesamteinnahmen. Die Ausgaben für die Wohlfahrtspflege waren um 11 Prozent gestiegen und lagen bei 829.898 Reichsmark, während Einnahmen von nur 487.885 Reichsmark erzielt wurden. Auch im Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1929 ist das Volumen des Haushalts gegenüber dem Vorjahr verringert, auf 2.968.000 Reichsmark Einnahmen und Ausgaben, dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Verlust von 4 Prozent.[34] Dessen ungeachtet stiegen die Einnahmen und Ausgaben des Bereichs der Wohlfahrtspflege auf 613.320 bzw. 912.188 Reichsmark, was in den Ausgaben einer Erhöhung von ca.10 Prozent entsprach (vgl. Tab. Im Anhang). Im darauffolgenden Jahr hatte der Haushalt ungefähr das Volumen von 1928, das waren 3.038.000 Reichsmark. Davon gehörten allein 972.019 Reichsmark zu den Ausgaben der

[34] Haushaltsplan des Kreises Prenzlau für die Rechnungsjahre 1924-1931, 1929, S. 28 f.

Wohlfahrtspflege. Fast ein Drittel der Gesamtausgaben wurden demnach für die Wohlfahrtspflege aufgewendet – eine gewaltige Aufgabe für eine kleine Kommune mit ca. 25.000 Einwohnern.[35] Der Haushaltsvoranschlag von 1931 wies dazu einen gravierenden Unterschied auf: Während in den vorhergehenden Haushalten auf dem Papier ein Gleichgewicht zwischen Gesamteinnahmen und -ausgaben herrschte, betrugen die Einnahmen nur noch 2.990.000 Reichsmark, die Ausgaben hingegen 3.394.000 Reichsmark, also ein Haushaltsloch von über 400.000 Reichsmark. Eine große Rolle für dieses Problem spielten auch die in diesem Jahr weiter ansteigenden Wohlfahrtspflegeausgaben von nunmehr 1.286.983 Reichsmark, die Einnahmen für diesen Bereich lagen nur bei 652.175 Reichsmark, sie konnten die Kosten also nicht einmal zur Hälfte abdecken.[36] Das Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im Bereich Wohlfahrtspflege war seit 1924 jedes Jahr gestiegen: Lag die Differenz 1924 noch bei 62.500 Reichsmark, so betrug sie 1927 schon 288.199 Reichsmark und wurde im April 1929 im Haushaltsvoranschlag mit 298.868 Reichsmark festgehalten. Die Zuschüsse von Land und Reich reichten also schon vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise nicht mehr aus, um die arme Bevölkerung zu versorgen. Als dann die Weltwirtschaftskrise in Deutschland Wirkung zeigte, betrug der Unterschied 1930 bereits 403.777 Reichsmark und 1931 satte 634.808 Reichsmark. Natürlich mussten diese Differenzen, zumindest zu einem Teil, durch Einsparungen ausgeglichen werden. Wie gewöhnlich wurde bei den Gehältern der Bediensteten der öffentlichen Stellen gespart, was aus dem Begleitbericht für 1931 hervorgeht, nämlich 10.112 Reichsmark. Auch im Bereich Wegebauhilfen wurde auf 20.600 Reichsmark verzichtet, was aber wiederum zu fehlender Bautätigkeit im privaten Sektor führte und die Arbeitslosigkeit beförderte.[37]

4.2.5 Schaffung von Arbeitsstellen im Straßenbau – Vorschlag eines Prenzlauers

Im Januar 1931, die Krise hatte Deutschland damals vollends erreicht, schrieb der Prenzlauer Architekt Emil Fiedler ein „Programm zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit

[35] Volks-, Berufs- und Betriebszählung in der Provinz Brandenburg […], Bevölkerungszahlen Prenzlaus von 1925.
[36] Zum großen Teil aus Hauszinssteuern für Wohlfahrtszwecke und allgemeinen Gemeindeanteilen sowie Reichszuschüssen gebildet, Haushaltsplan des Kreises Prenzlau für die Rechnungsjahre 1924-1931, 1930, Blatt 215.
[37] Haushaltsplan des Kreises Prenzlau für die Rechnungsjahre 1924–1931, 1929, Blatt 139.

in Deutschland“.[38] Fiedler selbst besaß ein Baugeschäft mit dem Namen Fiedler & Sohn, welches im Herbst 1931 durch einen Auftrag zum Siedlungsaufbau Blankensees im Kreis Templin Schwierigkeiten bekam und 1932 über das Amtsgericht Prenzlau Konkurs anmelden musste. Ihm standen also, auch wenn sein Unternehmen noch nicht pleite war, die Auswirkungen der Krise direkt vor Augen.[39] Sein Lösungsansatz beruhte darauf, dass die meisten Arbeiter ungelernte Kräfte waren und man deshalb eine Arbeit schaffen müsse, welche für jeden Arbeitswilligen bzw. Arbeitsfähigen als Grundlage dienen könne, wobei er u.a. im Straßenbau ein breites Betätigungsfeld sah. Der fortschreitenden Entwicklung des Personenkraftwagens würden die deutschen Straßen seiner Meinung nach nicht mehr gerecht, weswegen sie erneuert werden müssten.[40] Da bereits im Ersten Weltkrieg sogenannte Schipper eingesetzt wurden, welche Schützengräben aushoben und Befestigungen erschufen,[41] was sie seiner Auffassung nach sehr effektiv getan hatten, sei es also möglich, diese Arbeit auch auf den Straßenbau zu übertragen. Seine Arbeitsplanung sah vor, dass ein Erdarbeiter im Straßenbau mindestens einen Nettowochenlohn von dreißig bis fünfunddreißig Reichsmark erhält und seine Arbeitsstunden an diese Bezahlung angepasst werden. Weiterhin könnten neue Arbeitsplätze über die Inkraftsetzung des Tiefbaus geschaffen werden, der zur Schaffung der von Fiedler gewünschten Fernverkehrsstraßen sehr wichtig sei. Facharbeiter, die in großer Zahl arbeitslos waren, hätten so wieder Arbeitsaussichten. Die Autoindustrie könne bei besseren Straßen mehr Wagen bauen und die Ölindustrie Tankstellen; es käme zur Einrichtung von Werkstätten, Kontrollgebäuden und Garagen, welche sowohl im Bau als auch in der Inbetriebnahme Arbeitskräfte erfordern würden. Ein weiterer Faktor seien die Rohstoffe, die für ein so gigantisches Unterfangen gebraucht würden, also Zement, Teer und Pflastersteine, welche wiederum in dieser Wirtschaftssparte die Unternehmen stärken würden. Der Dominoeffekt wirke sich weiter aus, sobald die Arbeiter wieder Geld haben, welches sie wirklich ausgeben könnten. Die weitere Wirtschaft hätte dann die Möglichkeit, sich positiv zu entwickeln.[42]

[38] Fiedler, 1931, maschinenschriftliches Manuskript.
[39] Forderungen der Fa. I.A.E. Fiedler & Sohn in Prenzlau an die „Brandenburgische Heimstätte“ GmbH im Rahmen des Konkursverfahrens dieser Firma, 1933, An den Herrn Landesdirektor der Provinz Brandenburg als Staatskommissar für das Siedlungswesen Berlin.
[40] Fiedler, 1931, maschinenschriftliches Manuskript.
[41] Ulrich, 2013, www.bpb.de (zum Begriff „Schipper“).
[42] Fiedler, 1931, maschinenschriftliches Manuskript.

Er war mit diesen Gedanken auf der Höhe der Zeit und versuchte, der Region Vorschläge für eine günstige Entwicklung unter den gegebenen Schwierigkeiten und unter Berücksichtigung der neuen technischen Entwicklungen zu unterbreiten. Von den vorgeschlagenen Baumaßnahmen hätte sicherlich auch sein Unternehmen profitiert. Andererseits waren es Ansätze, die bereits von Regierungsseite, wenn auch in anderen Regionen, verfolgt wurden – Ende 1932 wurde der erste Autobahnabschnitt eröffnet – und die unter nationalsozialistischer Diktatur zu einem gefühlten Erfolgskonzept wurden, allerdings ohne die entsprechende ökonomische Grundlage (siehe Kap. Fazit).

4.2.6 Schaffung von Arbeit im Baugewerbe

Auch für die darniederliegende Baubranche gab es Bemühungen, die Arbeitslosigkeit zu lindern, häufig schon vor der Krise, da die 1920er Jahre ein schwieriges Jahrzehnt für Deutschland waren. Namentlich gab es den „Gemeinnützigen Wohnungsbau zu Prenzlau“, welcher 1921 von Prenzlauer Bürgern mit Hilfe der Stadtgemeinde und des Kreisausschusses gegründet wurde und sich zum Ziel gesetzt hatte, der Bevölkerung Arbeit und Wohnungen in der vom Leid geprägten Nachkriegszeit zu beschaffen.[43] Diese Gesellschaft baute bis 1930 immerhin 114 Wohnungen, behob damit teilweise die Armut im Baugewerbe und verwandten Gewerben und sorgte zusätzlich für die architektonische Modernisierung der Stadt. Der „Gemeinnützige Wohnungsbau“ errichtete sowohl die damals zeitgemäßen Ein- und Mehrfamilienhäuser in Reihenform, als auch, gerade vor und während der Krisenzeit, Gebäude mit mehr Wohnungen, so zum Beispiel ein 26 Wohnungen umfassendes Haus an der Ecke Brüssower- und Franz-Wienholz Straße, welches 1928 bezogen wurde, oder ein drei Häuser umfassender Block, welcher insgesamt 18 Wohnungen enthielt und Ende 1929 an der Brüssower Straße fertiggestellt werden konnte. Im Krisenjahr 1930 errichtete die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Stadtbaurat Brack einen Neubau, welcher 18 Wohnungen enthielt. Jedes der drei Gebäude wurde auf ehemaligem Scheunengelände gebaut, also bislang ungenutztem Baugelände, was einen echten Zuwachs an Wohnfläche bedeutete. Um eine Finanzierung zu gewährleisten, wurden die Gebäude mit Hypotheken belastet,[44] welche von der Kreissparkasse und der Stadtsparkasse Prenzlau sowie der

[43] Gemeinnütziger Wohnungsbau zu Prenzlau (in Selbstdarstellung), 1931, S. 87.
[44] Lektorat Deutsche Sprache, 1986, S. 314, Hypothek (Begriffserklärung): Pfandverschreibung auf immobile Güter.

Stadtschaft der Provinz Brandenburg, einer Kreditanstalt,[45] ausgestellt wurden. Außerdem wurden zur Beleihung Hauszinssteuermittel genutzt.[46]

Aus den Akten geht hervor, dass sich die Stadt, unter Verweis auf die Not, bemühte, finanzielle Mittel vom Staat zu erhalten. So heißt es in der Begründung zur Aufnahme einer weiteren Hypothek zum Bau eines Wohnhauses mit 10 Wohnungen des Magistrats an den Regierungspräsidenten im Dezember 1930 „Wegen des am Orte vorliegenden Bedarfs an Kleinwohnungen und um der herrschenden Arbeitslosigkeit zu steuern […]“[47] (Steinstraße/Ecke Kasernenstraße) und für die Errichtung eines Barackenwohnhauses mit 10 Wohnungen im Januar 1931 (Ecke Neustädter Damm), „[…] um den immer größer werdenden Wohnungsmangel in Bezug auf Kleinwohnungen zu geringsten Mieten abzuhelfen und zur Hebung des Arbeitsmarktes“.[48] Die Stadt war offenbar ständig bemüht, gezielt die verschiedenen Möglichkeiten, Förder- oder Hilfsprogramme (Arbeitsbeschaffungsprogramme, zinslose Darlehen) seitens der Regierung zu nutzen, jetzt aber eher in kleinerem Rahmen als noch vor der Krise. So wird bereits im August 1932 versucht, im Rahmen eines erst Ende 1931 aufgelegten (Juli 1932) überarbeiteten Programms zur Förderung vorstädtischer Kleinsiedlungen „zur Senkung der öffentlichen Fürsorgelasten sowie zur Verminderung der Arbeitslosigkeit“ ein Darlehen zur Einrichtung von 40 Kleinsiedlerstellen zu ermöglichen.[49]

4.2.7 Hilfe für Arbeitssuchende

Eine direkte Hilfe für Bedürftige gab es in Prenzlau in Form der Landesarmenanstalt, welche in den 1920er Jahren in ein Wanderarbeitsheim umgewandelt wurde. Ein Wanderarbeitsheim war eine Einrichtung, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, sogenannte Wanderarbeiter[50] ins Arbeitsleben zu reintegrieren, indem es gleichsam für allgemeinen Nutzen und Betätigung sorgte. Um eine Möglichkeit der Wiedereingliederung zu schaffen, wurden die vollbrachten Leistungen dokumentiert, was die Arbeitssuchenden für die Betriebe attraktiver machte. Um eine

[45] Stadtschaft (Bedeutungsübersicht): öffentliche Kreditanstalt genossenschaftlichen Charakters, Duden.de.
[46] Gemeinnütziger Wohnungsbau zu Prenzlau (in Selbstdarstellung), 1931, S. 87 f.
[47] Benutzung und Verwaltung des städtischen Vermögens in Prenzlau, 1930, Blatt 6-7.
[48] Ebd., Magistrat an Regierungspräsidenten, 1931, Blatt 30.
[49] Ebd., Magistrat an Regierungspräsidenten, 1932, Blatt 135.
[50] Umherziehender Arbeiter; in Krisen als erster betroffen.

Arbeitsmöglichkeit zu bieten, hatten die Heime meist eigene Landwirtschaften.[51] Am Ende des Jahrzehnts war eine Einrichtung wie diese extrem wichtig, da sie für die plötzlich in die Höhe schießende Arbeitslosigkeit zumindest teilweise einen Dämpfer darstellen konnte.

Der Bau von Wohnungen für Landarbeiter wurde von politischer Seite gefördert, darüber wurde auch im Kreistag debattiert, unter Einschluss von sowohl Arbeitnehmern als auch Arbeitgebern sowie Mitarbeitern des Arbeitsamtes und der Brandenburgischen Siedlungsgesellschaft.[52]

4.2.8 Wirkungen auf dem Lande und in der Landwirtschaft

Auch im Agrarwesen waren die Folgen der Krise stark zu spüren. Um die Wirkungen etwas abzumildern, wurden auch verschiedene kleinere Maßnahmen ergriffen. Z. B. wurde gestattet, die Abgaben an die Landwirtschaftskammer, immerhin 6 Prozent, statt in zwei in drei Raten zu je 2 Prozent zu zahlen, laut Beschluss der Kammer im Dezember 1929 und dem darauffolgenden Erlass im Jahr 1930.[53]

Um das Imkerwesen aufrechtzuerhalten wurden den Imkern vom Reichsfinanzministerium 1930 pro Bienenvolk jedes Jahr 7,5 Kilogramm Zucker zugestanden, ohne dass sie dafür Steuern zahlen mussten.[54] Für die Produktion von Honig war Zucker unabdingbar, der aber zusehends für die Bienenzüchter zu teuer wurde.

Auch in der ländlichen Uckermark lassen sich viele Beispiele der Krisenbetroffenheit finden. In Grimme, einem Ort nahe Brüssow, wurde vom Amtsvorsteher im Juni 1930 der Defekt einer für die Gemeinde zugänglichen Wasserpumpe gemeldet und Hilfe vom Landrat erbeten,[55] woraufhin ein Bürokratiekrieg ausbrach, welcher bis 1933 anhielt.[56] Die Argumente des Landes waren, dass die finanziellen Mittel während der Krise nicht aufzubringen seien und die meisten Nachbarn eine Privatpumpe besäßen, die sie mit den wenigen Betroffenen ohne Pumpe teilen könnten,[57] woraufhin der Amtsvorsteher erwiderte, dass viele Dorfbewohner ihre Arbeit verloren

[51] Autorenkollektiv (Uckermärkischer Geschichtsverein), 1998, S. 44 f.
[52] Landratsamt, Nr. 35, 1930, S. 80.
[53] Ebd. Nr. 9, 1930, S. 20.
[54] Ebd. Nr. 42, 1930, S. 91.
[55] Beschwerden im allgemein im Kreis Prenzlau, 1930, Blatt 123.
[56] Ebd., 1933, Blatt 248.
[57] Ebd., 1930, Blatt 150.

hätten und deswegen nicht die Möglichkeit bestehe, dass private Wasser über längere Zeit zu teilen.[58] Das in Grimme bestehende Problem ist nur eines von vielen, welches in der damaligen Zeit aufgetreten ist, und doch zeigt es klassisch, wie die Krise bis ins Privatleben der Leute vorgedrungen ist.

In Potzlow, ein Dorf nahe Prenzlau, kam es im Februar 1930 zu einer Zwangsversteigerung, in der Gegenstände wie zum Beispiel ein Fahrrad, ein Schreibtisch, ein Radio und eine Schreibmaschine über die Vollstreckungsstelle der Landkrankenkasse des Kreises Templin verkauft wurden. Dies deutet darauf hin, dass ein Privathaushalt aus Gründen der Verarmung, höchstwahrscheinlich nicht mehr zahlbare Schulden, Insolvenz anmelden musste und stellt ein weiteres tragisches Krisenschicksal dar.[59]

Im Folgenden werden aus den noch vorhandenen damaligen Zeitungen Preisveränderungen des Schlachtviehmarktes analysiert. Da Fleisch einen wesentlichen Bestandteil der Ernährung ausmachte, andererseits der Verzicht auf Fleisch in schweren Zeiten fast sprichwörtlich ist, war davon auszugehen, dass sich die Krise hier widerspiegeln müsste. Im örtlichen Archiv gibt es gibt es nur wenige Zeitungen der 1920er und frühen 1930er Jahre, sodass der Vergleich stichprobenartig ist.

Wenn jeweils der Schlachtviehmarkt aus den Handelszeitungen vom 16. Juni 1928 und dem 04. Juli 1929 verglichen wird, kann man erkennen, dass sich die Preise im Durchschnitt um mindestens zwei Reichsmark pro Zentner verändert haben. Diese Erhöhung lässt sich durch die große Nachfrage nach Lebensmitteln erklären, bestärkt durch eine schleichende Inflation. Als Beispiel seien hier die Preise von einem Zentner „Sauen“ dargestellt. Am 09. Juni lag der Preis bei 62-64 Reichsmark pro Zentner, am darauffolgenden Mittwoch, dem 13. Juni 1928, lag er zwischen 63-66 Reichsmark. Es gab in diesem kurzen Zeitabschnitteine eine kleine Preissteigerung, welche sich aber nicht am Mittwoch dem 20. Juni 1928 fortsetzte, sondern wieder auf 60-63 und am Sonnabend auf 62 bis 64 Reichsmark herabsank. Aufgrund fehlender Artikel wird nicht weiter auf dieses Jahr eingegangen. Interessant wird die Preissteigerung bis zum 28. Juni 1929, wo der Preis bei 78 bis 80

[58] Ebd., 1933, Blatt 228.
[59] Anton Hemke, Beton und Kunsteisenwerk in Prenzlau, 1930, Blatt 7.

Reichsmark und am 02. Juli 1929 bereits bei 81 bis 83 Reichsmark lag.[60] Dies war der andauernden Inflation in diesem Zeitraum geschuldet.[61] Bis zum 18. Juli 1930 hatten sich die Preise jedoch wieder verringert und lagen an diesem Tag bei 62 Reichsmark, während sie sich am 22. Juli 1930 bei 65 Reichsmark befanden. Die Preislage hat sich also erholt und bleibt in der nächsten Zeit auf diesem Niveau, wie die Preise vom 01. und 05. August 1930 zeigen, die zwischen 61 bis 62 Reichsmark bzw. 62 bis 63 Reichsmark liegen.

Interessant ist auch, dass im Laufe der Sommer der Jahre 1928 bis 1930 die Anzahl der aufgetriebenen Tiere geringer wurde, während die Preise zwischenzeitlich gestiegen waren. Dieser Umstand ist sicherlich der Tatsache geschuldet, dass den Leuten das Geld zum Fleischkauf fehlte. Auch wenn ein geringer Anstieg der Fleischmenge von 1928 bis 1929 festzustellen ist, was wohl mit einer steigenden Bevölkerungszahl zusammenhängt, ist ein klarer Abfall zwischen 1929 und 1930, in welchem Brandenburg die Krise mit voller Stärke zu spüren bekam, zu erkennen.[62]

Der Prenzlauer Schlachthof, vor der Krise aufwändig modernisiert, hat die Schwankungen offenbar überstanden. Auch dies ist wieder ein Unternehmen in der Lebensmittelbranche, dass recht groß und auf dem neuesten technischen Stand gebracht, der Krise trotzen konnte.

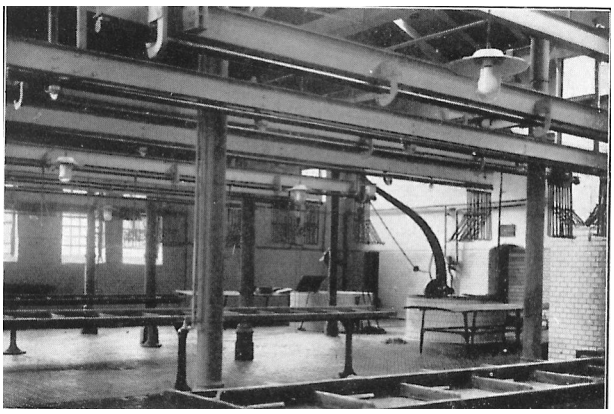


Abb. 10: Schlachthof Prenzlau, Blick in die moderne Schlachthalle, 1930.

[60] Uckermärkischer Kurier, 1928, Handelszeitungen; Uckermärkischer Kurier, 1929, Handelszeitungen.
[61] Da dem Prenzlauer Museum keine weiteren Zeitungen aus diesem Zeitraum bis zum 18. Juli 1930 vorliegen, kann nicht weiter auf die Preisentwicklung eingegangen werden.
[62] Uckermärkischer Kurier, 1928 bis 1930, Handelszeitungen.

4.3 Politische Auswirkungen

4.3.1 Meldungen der Lokalpresse

In den noch vorhandenen, relativ wenigen lokalen Zeitungen ließen sich keine Artikel finden, die sich mit der Krise vor Ort genauer auseinandersetzten. Eher ist an der Auswahl der überregionalen Artikel festzustellen, dass das Gefühl der Krise und Ohnmacht stets gegenwärtig war. Auch kann auf das Jahr des Krisenausbruchs nicht direkt eingegangen werden, da sich keine passenden Zeitungsinformationen finden ließen.

Aus den Meldungen des Uckermärkischen Kuriers lässt sich immer wieder eine starke Ablehnung gegen die Reparationszahlungen des deutschen Reiches an das Ausland feststellen. Die wiederholt auftauchenden negativen Äußerungen des polnischen Landes gegenüber dem Deutschen Reich werden in der Zeitung oft groß dargestellt und publik gemacht. Für ersteres lassen sich verschiedene Artikel vor und nach der Weltwirtschaftskrise zu Rate ziehen. So wird in einem Text vom 6. Juni 1928 über den Haagener Liquidationsschiedsspruch berichtet, in dem es beispielsweise um die Anrechnung von Kolonien an die Reparationssumme geht. Der Berichterstatter würde es gerechter finden, wenn man solche Werte mit in die Summe einrechnet, um die Belastungen auf das Reich und somit auch auf die Bevölkerung nicht zu stark werden zu lassen.[63] Ein gutes halbes Jahr später, am 4. Januar 1929,[64] wird über das Reparationsproblem berichtet, bei dem der Dawes-Plan[65] von 1924 nicht nur als Kriegsentschädigung beschrieben wird, sondern als „bedenklicher Störungsfaktor des freien Warenaustausches“. Die in diesem Artikel vom Berichterstatter erläuterten Probleme des Dawes-Planes sind folgende:

1. die Tilgung der jährlichen Abgaben von 2,5 Milliarden Reichsmark werden erst am 1. September 1929 erreicht werden können und

2. kann Deutschland seine Schulden nicht mit Waren abbezahlen, welches das Reich selber produziert, sondern muss im Ausland zu „exorbitanten“ Zinssätzen Kredite aufnehmen.

[63] Ebd., 1928.
[64] Ebd., 1929.
[65] Dawes-Plan (Bedeutungsübersicht): Plan für die Reparationszahlungen Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg, Duden.de.

Daher wird im Artikel die Zukunft des Abkommens außerordentlich in Frage gestellt, da neben dem Dawes-Plan auch steigende Zins- und Amortisationsbelastungen aus der privaten Neuverschuldung der hiesigen Wirtschaft schwer zu schaffen machen. Aus diesem Grunde wird im Artikel über den Dawes-Plan als „Grundübel aller Nöte“ gesprochen, da man die Last auch auf Steuern umlegt, die für die allgemeine Bevölkerung eine Verschärfung der Situation nach sich zieht. Es wird auch davon ausgegangen, wenn, nach der Meinung des Berichterstatters, die „falsch und willkürlich“ erhobene Summe von 2,5 Milliarden Reichsmark jährlich abzuführen ist, wird die zu wirtschaftlichen und finanzpolitischen „unverträglichen“ Zuständen führen, welche sich auch auf die Weltwirtschaft auswirken würden. Es wird die „Revision des Dawes-Planes“ gefordert, um diese Gefahren abzuwenden. Alternativvorschläge finden sich jedoch nicht. Um diese Aufgabe zu meistern, wird zu Patriotismus und Loyalität gegenüber dem Land aufgerufen.

Welche Folgen die Zahlungen bisher erreicht haben, zeigt ein Artikel vom gleichen Tag, indem es um die erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit geht. In der ersten Dezemberhälfte 1928 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 1.030.000 auf 1.300.000, also um 270.000 gestiegen, was etwa 26,2 Prozent entspricht. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist in der Zeit vom 15. November bis 15. Dezember von rund 761.000 auf rund 1.285.000 gestiegen,[66] auch die Zuschlagsempfänger in der Krisenunterstützung[67] sind von 107.300 auf 124.200 gestiegen. Dies belastete die Arbeitslosenversicherung merklich.[68]

Da im Zuge der Weltwirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit dramatisch angestiegen war und dies auch in den folgenden Jahren so blieb, rief die Polizei zur Vorsicht auf, da sich „lichtscheues Gesindel“ auf den Straßen aufhalte, nach Unterschlupf suche, Brandschäden anrichten und stehlen könne. Dies beschreibt die verzweifelte Lage innerhalb der Stadt im Hinblick auf Wohnraum und Arbeit für die einfache Bevölkerung.[69]

In den frühen 1930er Jahren finden sich vermehrt Zwangsversteigerungsanzeigen, welche häufig Einzelpersonen betreffen und wiedergeben, wie den Menschen privat

[66] Uckermärkischer Kurier, 1929.
[67] Arbeitslosenhilfe (Bedeutungsübersicht): finanzielle Unterstützung für Erwerbslose, Duden.de.
[68] Uckermärkischer Kurier, 1929.
[69] Ebd., 27. Mai 1932.

alles genommen werden konnte, wenn sie Opfer der Krise wurden. Sechs solcher Anzeigen sind im Uckermärkischen Kurier vom 28. Oktober 1931 zu finden.[70]

Bekanntmachung.

Nach Einstellung des Vergleichsverfahrens ist durch Beschluß vom 11. November 1931, der am 20. November 1931 wirksam geworden ist, über das Vermögen des Kaufmanns **Paul Wolfram** in Prenzlau das Konkursverfahren eröffnet worden. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Zierenberg, Prenzlau. Anmeldung der Konkursforderungen bis zum 16. Dezember 1931. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 23. Dezember 1931, 10 Uhr.

Prenzlau, den 20. November 1931.

Amtsgericht.

Abb. 11: Beispiel für Privatinsolvenz aus Krisengründen in Prenzlau im Jahr 1931.

Auch der Brandenburgische Landgemeindeverband stellte sich auf die wirtschaftlichen Probleme ein, die durch die Krise ausgelöst wurden, und machte sich zunehmend Sorgen um die „wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landgemeinden“, weswegen eine Neubildung der Verwaltungsausschüsse des Landesarbeitsamtes Brandenburgs und der Arbeitsämter diskutiert wird.[71] Dies sollte vermutlich Einsparungen herbeiführen, um die Krise überstehen zu können.

4.3.2 Politische Radikalisierung von rechts wie links

Die politische wie auch die sozial-wirtschaftliche Lage der Stadt Prenzlau und der gesamten Uckermark boten den radikalen Parteien der damaligen Zeit im Wahlkampf eine große Angriffsfläche. Ein Beispiel dafür sind die Zweifel am Funktionieren einer demokratischen Republik in der Bevölkerung, welches sich diese Parteien perfide zunutze machten. In Kombination mit den Wirtschaftskrisen führte dies zu noch größerem Misstrauen gegenüber den Altparteien. Anfang der 1920er Jahre herrschte noch ein Gleichgewicht zwischen links und rechts, wie aus den örtlichen Ergebnissen der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 hervorgeht.[72] In den folgenden Wahlen bildete sich eine vollkommen neue radikale Partei aus dem rechten Sektor, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, welche bald erhebliche Erfolge verzeichnen konnte und zum wichtigsten Gegner der ebenfalls radikalen KPD, der

[70] Ebd., 1931.
[71] Ebd., 28. Mai 1932.
[72] Schmidt, 2009, S. 246.

Kommunistischen Partei Deutschland, wurde. Die NSDAP zog viele auch viele „Protestwähler“ an. Die Ortsgruppe Prenzlau entstand relativ spät: Laut einem Dokument des Bundesarchives wurde der NSDAP-Hauptstelle in München am 19. März 1927 gemeldet, dass eine solche von einem Mitglied namens Orsolek gegründet worden war.[73] Am 30. Juni 1927 übernahm Kurt Diedrichs die Aufgabe des provisorischen Ortsgruppenleiters. Aus diesem Dokument geht interessanterweise hervor, dass es zwar die Ortsgruppe gab, sie aber noch nicht von der Reichsleitung anerkannt worden war und darum gebeten wurde, beim nächsten Gautag des Gaues Brandenburg in Potsdam am 10. Juli 1927 darüber zu entscheiden.[74] Am 16. Februar 1928 kam es dann zur ersten öffentlichen Veranstaltung der Ortsgruppe, die um 20 Uhr im Schützenhaus stattfand.[75] Die NSDAP-Parteigänger waren jedoch gegenüber den in die Veranstaltung eingeschleusten KPD-Mitgliedern und solchen des Roten Frontkämpferbundes[76] in der Unterzahl. Von den ca. 350 Besuchern dieser Veranstaltung waren lediglich 30 bis 40 Nationalsozialisten. Es kam zu einer Saalschlacht im Schützenhaus. [77] Martin Jaene, ein Lehrer des Gymnasiums und NSDAP-Bezirksleiter, spielte für die örtliche Entwicklung eine entscheidende Rolle, da er unter anderem die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 17. November 1929 leitete, bei der die Partei fünf Sitze bekam und der Gegenspieler, die KPD, fast gleichstark vier Sitze erhielt. Das Mitte-Rechts-Bündnis verlor vier Sitze an die SPD und die NSDAP. Gründe für die leichte Zunahme dürften die verbesserten Strukturen der NSDAP gewesen sein.

Laut Polizeibericht war die Ortsgruppe im Sommer 1929 bereits auf ca. 150 bis 160 Personen angewachsen, auch die SA und HJ waren vor Ort vertreten.[78] Ebenso führten die alle 14 Tage stattfindenden Veranstaltungen der SA, zum Teil zusammen mit der NSDAP-Ortsgruppe in den örtlichen „Hindenburghallen“, zu mehr öffentlicher Wahrnehmung.[79] Jaene übernahm aufgrund seiner positiven Resonanz verschiedenste Ämter; zum Beispiel war er Abgeordneter des Brandenburgischen Provinziallandtags, Führer der Stadtverordnetenfraktion und Kreisleiter der NSDAP. Jedoch sorgte er für innerparteiliche Differenzen, als er sich Anfang Juli 1930 zur

[73] Hirschfeld, 2017, S. 56.
[74] Ebd., S. 55 f.
[75] Hirschfeld, 2017, S. 59. Das Schützenhaus war eine gastronomische Einrichtung.
[76] Paramilitärische Wehrorganisation der KPD, siehe: Theil, 2018, S. 450.
[77] Hirschfeld, 2018, S. 61 u. 147 f.
[78] Schmidt, 2009, S. 246.
[79] Theil, 2018, S. 448.

„Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ bekannte, welche von Otto Strasser geführt wurde. Trotz dieser Entwicklung nahm der Zulauf zur NSDAP nicht ab, denn bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 erreichte die Partei in der örtlichen Auszählung sogar ihr bis dahin bestes Ergebnis: 27,8 Prozent. Die Mitgliederzahl wurde für Oktober 1930 bereits mit 400 Personen angegeben. Aber auch die KPD – für 1929 wurden 400 bis 500 Mitglieder angenommen – erreichte Ergebnisse von 14,8 Prozent. Auch sie war gewaltbereit. So bedrohte sie nicht nur am Silvesterabend 1929 den weithin geschätzten Bürgermeister Dr. Meyer, sondern auch 1.700 aus der Sowjetunion geflohene Wolgadeutsche, sodass diese Flüchtlinge streng abgeriegelt in den Roten Kasernen untergebracht werden mussten.[80]

Vor der nächsten Wahl am 31. Juli 1932 wurde noch einmal stark die Werbetrommel gerührt, um möglichst viele Stimmen zu bekommen. Die größte Veranstaltung der rechten Partei fand am 21. Juli im Uckerstadion statt, bei der sogar Hermann Göring anwesend war.[81] Das Wahlergebnis machte deutlich, dass die extremen Parteien massiven Zulauf bekommen hatten, wobei höchstwahrscheinlich die NSDAP von der DNVP und die KPD von den Sozialdemokraten profitiert hatten. So erbrachte die Kommunistische Partei Deutschland ein Plus von fast 4 Prozent, wohingegen die SPD mehr als 4 Prozent verlor. Auf der anderen Seite stand die NSDAP, die ein überragendes Ergebnis von 46,7 Prozent erhielt.[82]

Erklären könnte man dieses Ergebnis durch Ereignisse, welche im „Straßburger Anzeiger“ geschildert wurden. Zwar sind es Berichte vom 20. Oktober 1932, dennoch kann vermutet werden, dass Fälle wie diese auch schon früher stattgefunden haben. Die Rede ist von mehreren Selbstmorden, die aus Not und Arbeitslosigkeit begangen wurden. [83] Viele trafen ihre Wahl also höchstwahrscheinlich aus Verzweiflung.

Nachdem bekannt gegeben worden war, dass am 6. November 1932 die nächste Wahl stattfinden sollte, war die Bevölkerung möglicherweise wahlüberdrüssig, weswegen es mit dem Aufwärtstrend der Nationalsozialisten nicht weiterging und sie Stimmen verloren. Möglicherweise kehrten Wähler zur DNVP zurück, da diese vor Ort einen geringen Zuwachs verzeichnen konnte. Auch die Kommunisten konnten mit

[80] Schmidt, 2009, S. 246 f.
[81] Hirschfeld, 2017, S. 124.
[82] Schmidt, 2009, S. 246. Teilweise sind zwischen den verschiedenen Quellen Abweichungen bei der Angabe der Wahlergebnisse festzustellen, welche aber nicht gravierend sind.
[83] Hirschfeld, 2017, S. 105.

dem Zugewinn von einem Prozent nicht von einem Wahlsieg sprechen, aber zumindest hatten sie keine Stimmen verloren.

Nach der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers ließ er für den 5. März 1933 neue Reichstagswahlen in Kombination mit Landtagswahlen ansetzen, mit großem Erfolg in Prenzlau, da hier 56,8 Prozent der Abstimmenden ihr Kreuz bei der NSDAP setzten. Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem Gesamtresultat von 43,9 Prozent und dem des Regierungsbezirkes von 49,6 Prozent, war der nationalsozialistische Gedanke in Prenzlau überdurchschnittlich populär. Das war vermutlich der Unzufriedenheit geschuldet, welche auch durch die Folgen der Krise ausgelöst wurde.[84] Die Propagandaveranstaltung „Tag der erwachenden Nation“ am 4. März 1933, verbunden mit einem Fackelzug, war in Prenzlau offensichtlich auf fruchtbaren Boden gefallen. Höhepunkt des Abends war die öffentliche Übertragung einer Rede Adolf Hitlers aus Königsberg auf dem Marktberg, wofür extra zwei Lautsprecher installiert wurden. Auch der umstrittene Jaene war beteiligt. Ein weiteres besonderes Ereignis, diesmal im Zuge des Wahlkampfes zur Stadtverordnetenversammlung, war womöglich der Besuch des Sohnes des letzten deutschen Kaisers, Prinz August Wilhelm, der Hitler unterstützte, am 7. März 1933.[85] Hier bekam die NSDAP 19 der 30 Sitze und besaß damit die absolute Mehrheit.[86] Sie markierte den Schlusspunkt der Wahlen in der uckermärkischen Hauptstadt, da ab diesem Zeitpunkt die Nationalsozialisten die Kontrolle hatten.

Zusammenfassend lässt sich eine politische Radikalisierung feststellen. Die Wahlergebnisse der 1920er und frühen 1930er Jahre sprechen für sich, da sich in ihnen die Unzufriedenheit des Volkes mit dem System und gleichzeitig die unterschiedlichen Schuldzuweisungen widerspiegeln. Sowohl Links- als auch Rechtsradikalität hatten ihre eigenen Ideen und Ansätze zu den Gründen und zur Lösung der vorliegenden Probleme, selbst als die Weltwirtschaftskrise ihnen noch keinen Rückenwind verlieh. In einem konservativ geprägten ländlichen Raum wie der Uckermark kamen die Ideen der Nationalsozialisten offenbar besser an.

[84] Schmidt, 2009, S. 246 f.
[85] Hirschfeld, 2017, S. 134 f.
[86] Schmidt, 2009, S. 246.

4.4 Scheinbarer Aufbruch

Im Kulturhistorischen Museum Prenzlau findet sich ein Dokument, das vielleicht exemplarisch für die Ansicht vieler Prenzlauer dieser Zeit steht. 1933 war für sie das Jahr des Aufbruchs, den sie Adolf Hitler zurechneten; dabei übersahen sie aber, dass die vorangehenden Krisenzeiten vor allem aufgrund allgemeiner wirtschaftlicher Entwicklungen und bereits zuvor eingeleiteter Maßnahmen, die jetzt zu wirken begannen, überwunden worden waren. Der Klempnermeister Willi Otte war offenbar beauftragt worden, den Raben des Mitteltorturms (eine Metallfigur auf einem der mittelalterlichen Stadttürme Prenzlaus) zu erneuern und hat in der dazugehörigen Kugel ein Schreiben hinterlegt, aus dem folgende Zeilen stammen, die hier ohne Korrektur zitiert seien:

„Die Wirtschaftslage des Handwerks unter der roten Regierung war verheerend, die Gehilfen waren arbeitslos und bezogen Arbeitslosen oder Wohlfahrtsunterstützung. Diese Gelder mussten von der noch arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden, das von den Krankenkassen mit eingezogen wurde. Das übrige wurde durch Steuern und sonstigen Abgaben aufgebraucht. Das Loch im Stadtsäckel wurde natürlich grösser und die Arbeit und die Verdienstmöglichkeiten geringer, da weder Stadt noch Land Geld hatte. In den 8 Klempnereien arbeiteten nur noch die Meister mit 4 Lehrlingen, Gehilfen wurden nur beschäftigt, wenn mal ein grösserer Auftrag vorlag. In den Tischlereien und Schlossereien war es noch schlimmer, hier arbeiteten nur noch die Meister: Lehrlinge und Gehilfen konnten nicht beschäftigt werden. Es hätte auch anders sein können, nur die Juden und Bonzenwirtschaft liess es nicht zu. Denn diese ging nur darauf aus, sich zu bereichern, den Mittelstand, den Träger der Nation zu vernichten. Damit sie, die Juden, die Schmarotzer unter den Menschen herrschen konnten. Es kam aber anders. Im Januar ds. Js. [1933] bekam Adolf Hitler die Macht und in wenigen Monaten gab es keinen Arbeitslosen mehr. Möge uns der liebe Gott unseren geliebten Volkskanzler erhalten, damit das deutsche Volk wieder den Platz in der Welt einnimmt, den es auf Grund seiner Kultur und Arbeitsfreudigkeit verdient. Dieses für die Nachwelt von einem Handwerksmeister. Heil Hitler! Willi Otte Klempnerobermeister.“ (Prenzlau, 01.12.1933)[87]

[87] Siehe Anhang.

So wie Willi Otte scheinen es viele Menschen in dieser Zeit empfunden zu haben. Seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten schien es aufwärts zu gehen. Prenzlau war wieder Garnisonsstadt – den Abzug der Garnison 1928 hatte die Stadt als schmerzlich empfunden und die Verwaltung hatte stets versucht, wieder eine solche Einrichtung zu erhalten. 1933 war es soweit: Zunächst noch getarnt, kam wieder Militär in die Stadt. Auf der Altstädter Feldmark wurde ein Fliegerhorst eingerichtet.[88] Diese arbeitsschaffenden Maßnahmen führten zu einer Blendung der Bevölkerungsmehrheit. Zusätzlich siedelten sich Rüstungswerke in Prenzlau an. Den Leuten, die durch die Krisennöte während der Weimarer Republik Unmut aufgebaut hatten, kam dies wie die Befreiung von allem Übel vor, was ihnen, so schien es zumindest, durch die Nationalsozialisten ermöglicht wurde.

Abb. 12: Fliegerhorst, vermutlich Jahreswechsel 1934/1935.

Auch die Entwicklung der Sparguthaben und die Kreditaufnahme zeigen die Verbesserung der Situation an. Der Prenzlauer Bankverein, gegründet für Kleinsparer, welcher seit dem Beginn des Jahrhunderts bis zur Inflation 1923 in massiv steigender Zahl Kredite ausgegeben hatte, begann nach der Währungsreform wieder mit der Vergabe. Die Krise ab 1929 hatte die Zahl der Kredite und die Höhe der Sparguthaben wieder absinken lassen, mit dem Abklingen der Krise ging es 1933 erneut aufwärts (Abb. 13).[89]

[88] Zimmermann, 2014, S. 65 ff.
[89] Franke, o. J., S. 44.

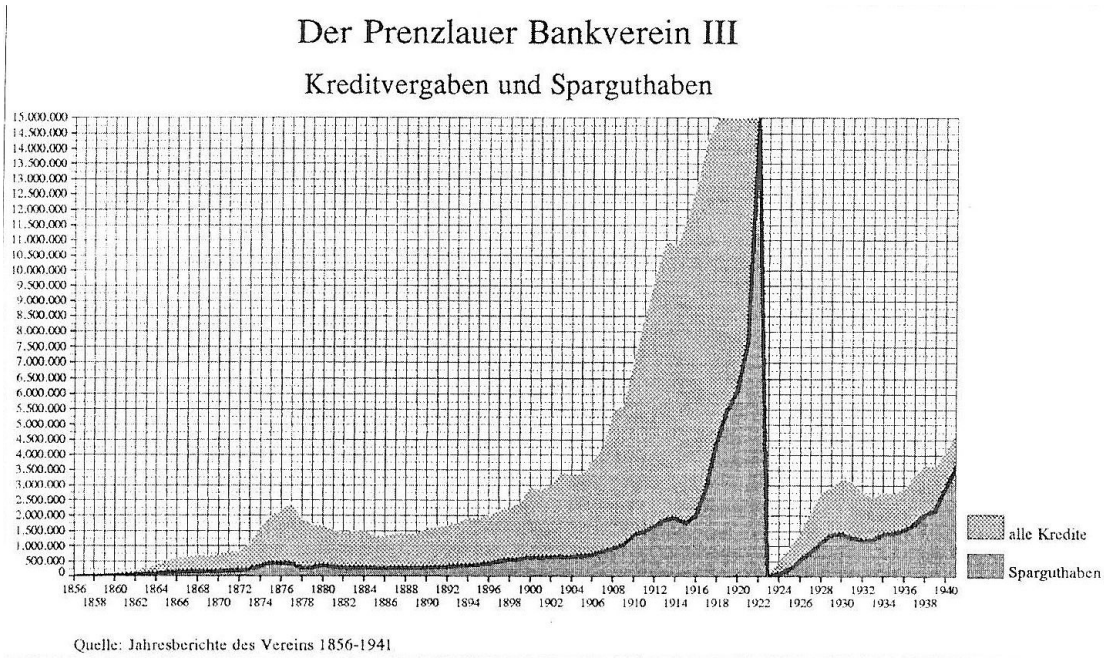


Abb. 13: Entwicklung der Sparguthaben und Kredite bis zum Jahr 1940.

5. Fazit

Bereits in den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise wurden von städtischer Seite Anleihen und Darlehen aufgenommen, um Wohnungsbau- und Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren; zum einen, um die Wohnungsnot zu lindern, zum anderen, um Erwerbslose zu beschäftigen. Zur Begründung hieß es im Jahre 1926, dass „die private Bautätigkeit gleich Null“ sei.[90] Dabei ging die Stadt offenbar bis an die äußersten Grenzen, denn bereits 1927 musste um Senkung der Tilgungssätze gebeten werden, da der städtische Haushalt zu sehr belastet war.[91]

Diese Art Maßnahmen wurde fortzuführen versucht, konnte unter den verschärften Bedingungen der Weltwirtschaftskrise, einbrechender Einnahmen und steigender Sozialausgaben aber immer schwerer aufrecht erhalten werden. Die Schuldenlast wurde größer, die Tilgung immer schwieriger. Trotz umfangreicher Sparmaßnahmen im städtischen Haushalt (Gehaltskürzungen[92] etc.) überstiegen die Ausgaben die Einnahmen der Stadt. Dennoch liefen die darlehensfinanzierten Maßnahmen im Wohnungsbau und Infrastrukturbereich weiter, wobei in den Begründungen an die Genehmigungsbehörden zusehends auf die Erwerbslosenzahlen und den Notstand an bezahlbaren kleinen Wohnungen verwiesen wurde.

Die wachsende Not lässt sich anhand der Wohlfahrtskosten, der verschiedenen Bemühungen von Seiten der Behörden und den Insolvenzen sowie verringerter Sparguthaben eindrücklich nachvollziehen. Dennoch litt die Stadt nicht nur Elend und es sind keineswegs alle Firmen in Konkurs gegangen. Bei einigen scheint auch die Krise nur den letzten Stoß gegeben zu haben. Hier kamen wohl die wirtschaftlichen Entwicklungen zum Tragen, der Modernisierungsschub dieser Zeit, dem gerade kleinere Betriebe weniger gewachsen waren, und die allgemeinen Nachkriegsbedingungen. Das alles zeigt, dass die „Goldenen Zwanziger“ für Brandenburg insgesamt nicht sehr „goldig“ waren und die Krise möglicherweise nur eines von vielen Übeln war.

Vielfach wurden von den Nationalsozialisten nach 1933 lediglich Maßnahmen fortgesetzt, die bereits zuvor eingeleitet worden waren, wie Wohnungsbau,

[90] Benutzung und Verwaltung des städtischen Vermögens in Prenzlau, 1926, Magistrat an Regierungspräsidenten vom 8. Dezember, Blatt 25.
[91] Ebd., 1927, Magistrat an Regierungspräsidenten vom 20. April, Blatt 32.
[92] Siehe: Die Auswirkungen der Krise auf Deutschland und Brandenburg.

Infrastrukturmaßnahmen als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Unterstützung der Unternehmen durch Lastenverringerung. Der Aufbruch, den auch viele Prenzlauer in der nationalsozialistischen Regierungsübernahme und den anschließenden ökonomischen Schritten sahen, war daher eher gefühlt als real. Allgemein kam es damals zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation und zur Wirkung der bereits zuvor eingeleiteten Maßnahmen. Überdies waren viele der Faktoren, die nach 1933 zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führten, durch immense staatliche Verschuldung finanziert worden.

6. Quellenverzeichnis

Literatur

Autorenkollektiv: Stätten und Institutionen der Armenpflege. In: Uckermärkischer Geschichtsverein zu Prenzlau e.V. (Hrsg.): Das Armenwesen der Stadt Prenzlau vom Mittelalter bis 1933. Schülerarbeiten zur Regionalgeschichte HEFT 1, Prenzlau 1998, S. 8–49.

Franke, Peter: Prenzlauer Wirtschaftsbürger. In: Autorenkollektiv (Hrsg.): Mitteilungen des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau Heft 5, Prenzlau o. J., S. 103–142.

Franke, Peter: Der Prenzlauer Bankverein. Zur Entstehung und Entwicklung der genossenschaftlichen Kreditbeschaffung in Prenzlau zwischen 1856 und 1930, Prenzlau o. J.

Gemeinnütziger Wohnungsbau zu Prenzlau: Gemeinnütziger Wohnungsbau zu Prenzlau. In: Magistrat der Stadt Prenzlau (Hrsg.): Das Buch der Uckermärkischen Hauptstadt Prenzlau, Berlin 1931, S. 87–88.

Heese, Bernhard: Erste Prenzlauer Maschinenanstalt Deneken & Haensch. In: Mitteilungen des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau, Heft 6, Prenzlau o. J., S. 131–137.

Heimatkalender 1929 Prenzlau.

Heimatkalender 1930 Prenzlau.

Heimatkalender 1931 Prenzlau.

Heimatkalender 1932 Prenzlau.

Heimatkalender 1933 Prenzlau.

Hirschfeld, Knut: Ein brandenburgischer Kreis auf dem Weg in die braune Diktatur. Anfänge und Aufstieg der NSDAP in der nördlichen Uckermark 1926/27 bis 1933 und Prenzlaus linke Nazis, Prenzlau 2017.

Huhn (ohne Vornamen): Wohlfahrtsarbeit in Prenzlau. In: Magistrat der Stadt Prenzlau (Hrsg.): Das Buch der Uckermärkischen Hauptstadt PRENZLAU, Berlin 1931, S. 65–67.

Kurbach, Erwin: Das Prenzlauer Handwerk. Von der Zunft zur Produktionsgenossenschaft, In: Heimatkalender 1959, S. 88–97.

Landratsamt: Amtsblatt für die landrätliche Verwaltung des Kreises Prenzlau, Nr. 9, 4. Jahrgang, 1930.

Landratsamt: Amtsblatt für die landrätliche Verwaltung des Kreises Prenzlau, Nr. 13, 4. Jahrgang, 1930.

Landratsamt: Amtsblatt für die landrätliche Verwaltung des Kreises Prenzlau, Nr. 35, 4. Jahrgang, 1930.

Landratsamt: Amtsblatt für die landrätliche Verwaltung des Kreises Prenzlau, Nr. 42, 4. Jahrgang, 1930.

Lektorat Deutsche Sprache des VEB Bibliographisches Institut Leipzig, Großes Fremdwörterbuch, Leipzig, 1986, S. 314, Hypothek (Begriffserklärung).

Materna, Ingo: Brandenburg als preußische Provinz in der Weimarer Republik (1918-1933). In: Ingo Materna, Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 561–618.

Schmidt, Frank: Prenzlau in der Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus (1918 bis 1945). In: Klaus Neitmann und Winfried Schich (Hrsg.): Geschichte der Stadt Prenzlau, Horb am Neckar 2009, S. 230–266.

Striemer, Alfred: Leben und Arbeit im Stadt- und Landkreis Prenzlau, Hamburg 1939.

Theil, Jürgen: Stadtlexikon, Prenzlau 2018.

Zimmermann, Wilhelm: Der Fliegerhorstkomplex Prenzlau – Entstehung, Nutzung und Metamorphosen einer städtischen militärischen Infrastruktur von 1911 bis heute. In: Heimatkalender 2014, Prenzlau 2013, S. 60–83.

Internetquellen

Arbeitslosenhilfe (Bedeutungsübersicht), https://www.duden.de/rechtschreibung/Arbeitslosenhilfe, Stand: 23.02.2019

Dawesplan (Bedeutungsübersicht), https://www.duden.de/rechtschreibung/Dawesplan, Stand: 23.02.2019.

Finanzfluss (Kanalname): Finanzkrise einfach erklärt: Börsencrash 1929, DotCom Blase, Weltwirtschaftskrise 2008 &Tulpenkrise,https://www.youtube.com/watch?v=kbrCB7Fvfrg, Stand: 13.10.2018.

musstewissen Geschichte (Kanalname): Die Weimarer Republik | Die Weltwirtschaftskrise 1929 | musstewissen Geschichte, https://www.youtube.com/watch?v=X5ZMD6dvXew, Stand: 13.10.2018.

Redaktionsbeitrag: Die Weltwirtschaftskrise 1929–1932 – Krisenmanagement in Deutschland und den Vereinigten Staaten, https://geschichte-wissen.de/blog/die-weltwirtschaftskrise-1929-1932/, Stand: 06.02.2019.

Stadtschaft (Bedeutungsübersicht), https://www.duden.de/rechtschreibung/Stadtschaft, Stand: 19.01.2019.

Ulrich, Bernd: Soldatische Kriegserfahrungen im industrialisierten Krieg, http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/ersterweltkrieg/155307/soldatische-kriegserfahrungen-im-industrialisiert, Stand: 12.10.2018.

Archiv- und Museumsquellen

Adressbuch der Stadt und des Kreises Prenzlau 1928. Stadtarchiv Prenzlau.

Adressbuch der Stadt und des Kreises Prenzlau 1931. Stadtarchiv Prenzlau.

Anton Hemke, Beton und Kunsteisenwerk in Prenzlau, 1930–1950. Brandenburgisches Landeshauptarchiv. 260 AG Prenzlau 24.

Benutzung und Verwaltung des städtischen Vermögens in Prenzlau, Bd. 2, 1925–1930. Brandenburgisches Landeshauptarchiv. 31 A Potsdam 274.

Benutzung und Verwaltung des städtischen Vermögens in Prenzlau, Bd. 3, 1931–1933. Brandenburgisches Landeshauptarchiv. 31 A Potsdam 275.

Beschwerden im allgemein im Kreis Prenzlau, 1882–1933. Brandenburgisches Landeshauptarchiv. 2A I Kom 2099.

Fiedler, Emil: Vorschlag für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Prenzlau 1931, Stadtarchiv Prenzlau, Karton 699, alte Bauakten.

Forderungen der Fa. I.A.E. Fiedler & Sohn in Prenzlau an die „Brandenburgische Heimstätte“ GmbH im Rahmen des Konkursverfahrens dieser Firma, 1933. Brandenburgisches Landeshauptarchiv. 55 Provinzialverband II 925.

Haushaltsplan des Kreises Prenzlau für die Rechnungsjahre 1924–1931. Brandenburgisches Landeshauptarchiv. 2A I Kom 2115.

Haushaltspläne, Verwaltungsberichte und Vermögen des Kreises Prenzlau, Bd. 6, 1927–1933. Brandenburgisches Landeshauptarchiv. 2A I Kom 2108.

Kreistage des Kreises Prenzlau, Bd. 10, 1930–1933. Brandenburgisches Landeshauptarchiv. 2A I Kom 2083.

Uckermärkischer Kurier, V 2327/S, 1928. Kulturhistorisches Museum Prenzlau.

Uckermärkischer Kurier, V 2328/S, 1929. Kulturhistorisches Museum Prenzlau.

Uckermärkischer Kurier, V 2329/S,1930. Kulturhistorisches Museum Prenzlau.

Uckermärkischer Kurier, V2330/S, 1931. Kulturhistorisches Museum Prenzlau.

Uckermärkischer Kurier, V2331/S, 1932. Kulturhistorisches Museum Prenzlau.

Volks-, Berufs- und Betriebszählung in der Provinz Brandenburg mit gedruckten Ergebnissen für Orte sowie Zusammenstellung der Einwohnerzahl der Stadt- und Landgemeinden der Kreise Ost- und Westprignitz, Teltow, des Stadtkreises

Wittenberge und der Stadt Prenzlau, 1933–1936. Brandenburgisches Landeshauptarchiv. 2A I St 841.

Abbildungen

Titelbild: Kulturhistorisches Museum Prenzlau. 1930, V 2304/248.

Abb. 1: Kulturhistorisches Museum Prenzlau. Uckermärkischer Kurier 1930.

Abb. 2: Postkarte, Archiv J. Theil.

Abb. 3: Kulturhistorisches Museum Prenzlau. Postkarte. V 2304/542.

Abb. 4: Kulturhistorisches Museum Prenzlau. Postkarte, 1915 gestempelt. V 2304/763 S.

Abb. 5: Heimatkalender, 1928.

Abb. 6 a, b: Kulturhistorisches Museum Prenzlau (Fotoalbum). V 3399 S.

Abb. 7: Kulturhistorisches Museum Prenzlau (Zucker). V 3819.

Abb. 8: Kulturhistorisches Museum Prenzlau (Margarine). V 4469.

Abb. 9: Kulturhistorisches Museum Prenzlau (Likör). V 3578.

Abb. 10: Schmidt, 1931, S. 79.

Abb. 11: Kulturhistorisches Museum Prenzlau (Konkursverfahren 1931).

Abb. 12: Zimmermann, 2014, Abb. 3.

Abb. 13: Franke, o.J., S. 44.

7. Arbeitsbericht

Der erste Schritt, um eine Arbeit zu schreiben, ist die Themenfindung. Wir interessieren uns für Finanzen und finden es faszinierend, welche Auswirkungen diese auf das Weltgeschehen haben können. Ein geeignetes Beispiel dafür ist die Weltwirtschaftskrise 1929, welche zeigt, dass ein Börsencrash die gesamte wichtige Wirtschaft der Welt lahmlegen kann. Für uns lag es also nahe, dieses Thema zu wählen.

Um uns in das Thema einzufinden, begannen wir mit einer grundlegenden Recherche über das Internet, bevor wir uns der Literatur widmeten, welche wir im privaten Besitz und in der Stadtbibliothek einsehen konnten. Wir besuchten mehrfach das Prenzlauer Stadtarchiv und das Kulturhistorische Museum Prenzlau, um die dort vorhandenen Akten und Bestände zu sichten. Dabei fiel uns bereits auf, dass sich die Quellenlage als eher schwierig darstellte, gerade in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen der Krise. Wir versuchten daher, aus regionalen Publikationen selbst Erhebungen anzustellen (z. B. Schlachtviehpreise) und indirekte Hinweise zu erfassen (z. B. Anzeigenverhalten, Durchsicht der Amtsblätter), was aber nur begrenzten Erfolg brachte.

Vielversprechend schienen hingegen einige Akten im Brandenburgischen Landeshauptarchiv zu sein, wie in deren Online-Datenbank zu ermitteln war. Wir fuhren also nach Potsdam und lernten so dieses Archiv kennen. Fachlich war das sehr erfolgreich. In den Verwaltungsakten der Stadt und des Kreises Prenzlau fanden sich Haushaltsdaten und Vorgänge um Darlehen im Zusammenhang mit den Nöten der Krise. Diese Akten waren sehr aufschlussreich in Bezug auf das Ringen um finanzielle Mittel und den dafür betriebenen Aufwand, setzten allerdings auch erhebliche Kenntnisse in Verwaltungs- und Finanzvorgängen und deren Begrifflichkeiten voraus, die für uns eher „Neuland“ waren.

Im Nachhinein betrachtet wäre es vielleicht günstiger gewesen, sich auf einen Bereich zu beschränken. Dafür hätten sich etwa Firmengeschichten in der Krisenzeit angeboten, was auch lokalgeschichtlich interessant gewesen wäre. Die größten Betriebe, deren Historie in reichen Quellenbeständen überliefert ist, wurden allerdings bereits in etlichen Studien behandelt. Überdies sollten bei dem Krise, Umbruch und Aufbruch betreffenden Oberthema – in unserem Falle nur ein

scheinbarer Aufbruch, der bekanntlich in die Katastrophe führte – die komplexen Prozesse eben auch in einem größeren Rahmen betrachtet werden.

Spannend waren Momente des Entdeckens – z. B. das Manuskript von E. Fiedler im Archiv, das Schriftstück von W. Otte im Museum oder das Stöbern in den alten Zeitungen und Publikationen. Letztere waren zwar für unser Thema nicht immer weiterführend, bilden als Dokumente des damaligen Zeitgeistes aber stets eindrucksvolle Quellen für das Verständnis der allgemeinen historischen Entwicklungen.

Zugleich galt es, aus der Vielzahl möglicher Aspekte der Themenstellung eine sachdienliche Auswahl zu treffen, um den weitreichenden Problemkreis im begrenzten Rahmen dieser Arbeit plausibel behandeln zu können. Das fiel nicht leicht, weil uns viele Zugänge zum Thema, ferner auch Quellen und Literaturarbeiten sehr interessant erschienen, aber letztlich nicht in den Fokus dieser Arbeit gehörten.

Unser Dank gilt den Mitarbeitern des Prenzlauer Stadtarchivs, des Brandenburgischen Landeshauptarchivs (Potsdam) und des Kulturhistorischen Museums Prenzlau für die Bereitstellung von Literatur und Akten. Weiterhin danken wir Jürgen Theil für die hilfreiche Begleitung des Gesamtprojektes, Katrin Frey für die Unterstützung bei der Recherche sowie Felix Biermann für das Korrekturlesen.

8. Anhang

Begleitbericht zum Kreishaushaltsvoranschlag für 1930

Titel	Bezeichnung	Einnahme-Voranschlag		Ausgabe-voranschlag	
		1930 RM	1929 RM	1930 RM	1929 RM
I	Allgemeine Verwaltung	143.620	135.690	307.477	306.488
II	Polizeiverwaltung	4.618	4.668	5.290	5.390
III	Wohnungsfürsorge und Feuerwehren	5.325	480	4.585	8.685
IV	Bauverwaltung	218.990	292.962	441.137	399.575
V	Betriebe und Unternehmen	251.561	193.486	468.176	448.586
VI	Schulen	7.700	9.100	34.955	38.205
VII	Kunst und Wissenschaft	-	-	950	1.070
VIII	Wohlfahrtsfürsorge	568.242	613.320	972.019	869.188
IX	Finanzverwaltung	1.828.302	1.633.854	720.046	741.018
X	Landesmelioration[93], Landwirtschaft	9.755	7.940	57.798	63.930
XI	Handel, Gewerbe und Handwerk	-	-	30	30
XII	Sonstige Verwaltungszweige	500	500	8.150	9.835
	Gesamt:	3.038.613	2.892.000	3.038.613	2.892.000

Haushaltsplan des Kreises Prenzlau für die Rechnungsjahre 1924–1931, 1929, Blatt 139.

Auszug aus den Begleitberichten für die Jahre 1930.

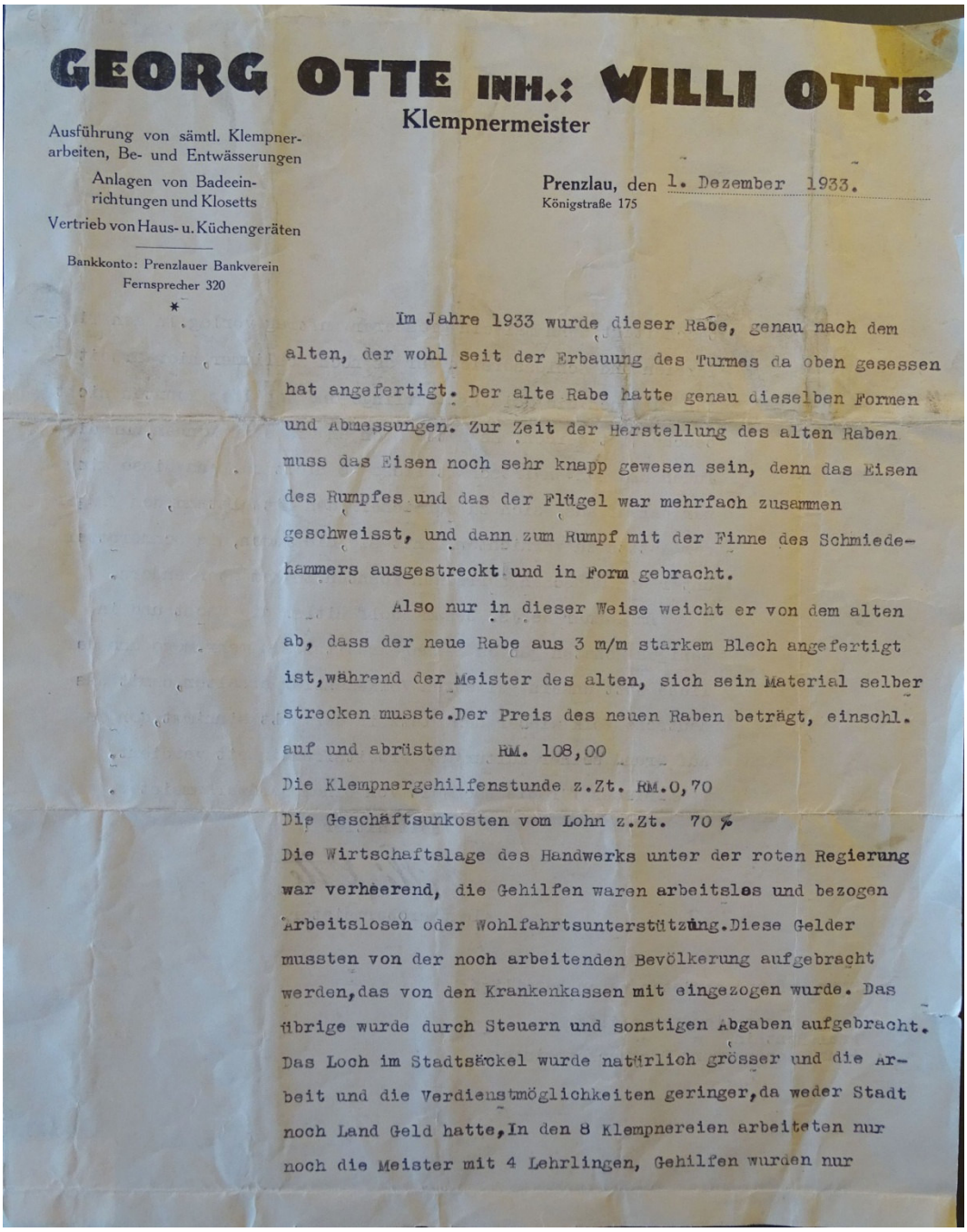
[93] Begriff findet sich in Land- und Forstwirtschaft sowie in der Bodenkunde und der Wasserwirtschaft wieder, umgangssprachlich für Bodenverbesserung.

Begleitbericht zum Kreishaushaltsvoranschlag für 1931

Titel	Bezeichnung	Einnahme-voranschlag		Ausgabe-voranschlag	
		1931 RM	1930 RM	1931 RM	1930 RM
I	Allgemeine Verwaltung	146.592	143.620	304.858	307.477
II	Polizeiverwaltung	4.089	4.618	4.525	5.290
III	Wohnungsfürsorge und Feuerwehren	5.100	5.325	3.245	4.585
IV	Bauverwaltung	169.025	218.990	430.681	441.137
V	Betriebe und Unternehmen	286.635	251.561	493.268	486.176
VI	Schulen	6.700	7.700	27.395	34.955
VII	Kunst und Wissenschaft	-	-	950	950
VIII	Wohlfahrtsfürsorge	652.175	568.242	1.286.983	972.019
IX	Finanzverwaltung	1.728.171	1.827.689	776.473	720.046
X	Landesmelioration Landwirtschaft	8.700	9.755	57.805	56.990
XI	Handel, Gewerbe und Handwerk	-	-	30	30
XII	Sonstige Verwaltungszweige	813	500	7.787	8.345
	Gesamt:	2.999.000	3.038.000	3.394.000	3.038.000

Haushaltsplan des Kreises Prenzlau für die Jahre 1924–1931, 1931, Blatt 223.

Auszug aus den Begleitberichten für die Jahre 1931.



GEORG OTTE INH.: WILLI OTTE

Klempnermeister

Ausführung von sämtl. Klempnerarbeiten, Be- und Entwässerungen
Anlagen von Badeeinrichtungen und Klosetts
Vertrieb von Haus- u. Küchengeräten

Bankkonto: Prenzlauer Bankverein
Fernsprecher 320

*

Prenzlau, den 1. Dezember 1933.
Königstraße 175

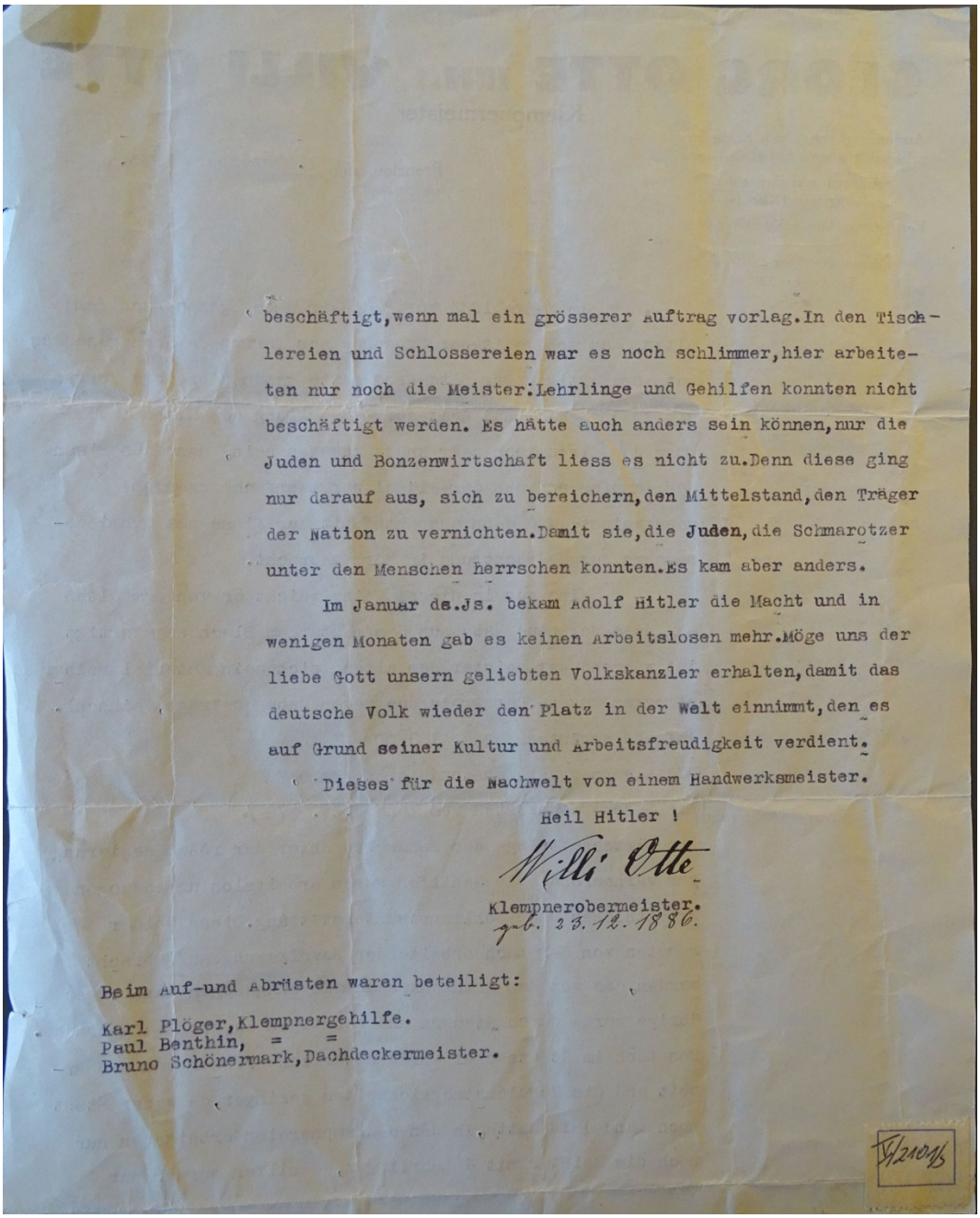
Im Jahre 1933 wurde dieser Rabe, genau nach dem alten, der wohl seit der Erbauung des Turmes da oben gesessen hat angefertigt. Der alte Rabe hatte genau dieselben Formen und Abmessungen. Zur Zeit der Herstellung des alten Raben muss das Eisen noch sehr knapp gewesen sein, denn das Eisen des Rumpfes und das der Flügel war mehrfach zusammen geschweisst, und dann zum Rumpf mit der Finne des Schmiedehammers ausgestreckt und in Form gebracht.

Also nur in dieser Weise weicht er von dem alten ab, dass der neue Rabe aus 3 m/m starkem Blech angefertigt ist, während der Meister des alten, sich sein Material selber strecken musste. Der Preis des neuen Raben beträgt, einschl. auf und abrüsten RM. 108,00

Die Klempnergehilfenstunde z.Zt. RM.0,70

Die Geschäftsunkosten vom Lohn z.Zt. 70 %

Die Wirtschaftslage des Handwerks unter der roten Regierung war verheerend, die Gehilfen waren arbeitslos und bezogen Arbeitslosen oder Wohlfahrtsunterstützung. Diese Gelder mussten von der noch arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden, das von den Krankenkassen mit eingezogen wurde. Das übrige wurde durch Steuern und sonstigen Abgaben aufgebracht. Das Loch im Stadtsäckel wurde natürlich grösser und die Arbeit und die Verdienstmöglichkeiten geringer, da weder Stadt noch Land Geld hatte, In den 8 Klempnereien arbeiteten nur noch die Meister mit 4 Lehrlingen, Gehilfen wurden nur



beschäftigt, wenn mal ein grösserer Auftrag vorlag. In den Tischlereien und Schlossereien war es noch schlimmer, hier arbeiteten nur noch die Meister. Lehrlinge und Gehilfen konnten nicht beschäftigt werden. Es hätte auch anders sein können, nur die Juden und Bonzenwirtschaft liess es nicht zu. Denn diese ging nur darauf aus, sich zu bereichern, den Mittelstand, den Träger der Nation zu vernichten. Damit sie, die **Juden**, die Schmarotzer unter den Menschen herrschen konnten. Es kam aber anders.

Im Januar ds. Js. bekam Adolf Hitler die Macht und in wenigen Monaten gab es keinen Arbeitslosen mehr. Möge uns der liebe Gott unsern geliebten Volkskanzler erhalten, damit das deutsche Volk wieder den Platz in der Welt einnimmt, den es auf Grund seiner Kultur und Arbeitsfreudigkeit verdient.

Dieses für die Nachwelt von einem Handwerksmeister.

Heil Hitler !

Willi Otte

Klempnerobermeister.
geb. 23. 12. 1886.

Beim Auf-und Abrüsten waren beteiligt:

Karl Plöger, Klempnergehilfe.
Paul Benthin, = =
Bruno Schönemark, Dachdeckermeister.

V 2101 S

In der Kugel des Rabens auf dem Mitteltorturm platziertes Schreiben von Willi Otte, 1933. Kulturhistorisches Museum Prenzlau. V 2101 S.